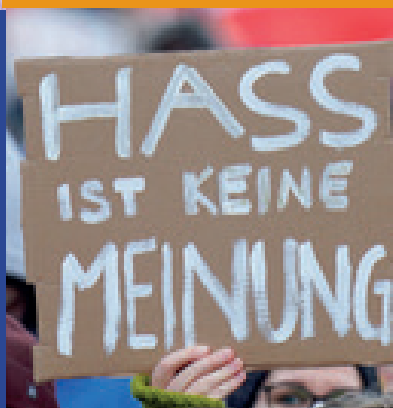
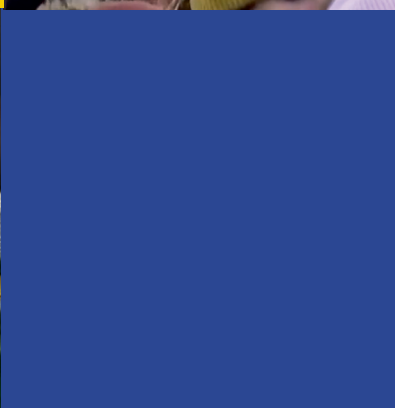


JAHRESBERICHT REGISTER MITTE 2024

RASSISTISCHER VORFÄLLE UND GRUPPEN-
BEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT
UNABHÄNGIGE DOKUMENTATION UND ANALYSE



Impressum

Internet: www.berliner-register.de/mitte
www.narud.org/register-berlin-mitte
Mail: register@narud.org
Träger: NARUD e.V.
Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin
Telefon: 030/407 57 551
Redaktion: Aziz Lamere, Matthias Oberg, Max Williams
Fotos: Titelbilder: ©Narud e.V. :
weitere Bilder: Bildrechte an den Fotos vermerkt
Gestaltung: Ellen Windmüller · Kommunikationsdesign

INHALT

I. BERLINER REGISTER 5

 I.I WAS IST DAS „BERLINER REGISTER“ 5

II. AUSWERTUNGEN 8

 II.I VORFÄLLE NACH MOTIVEN 8

 II.II VORFALLSARTEN 19

 II.III VERTEILUNG NACH ORTSTEILEN 24

 II.IV ENTWICKLUNG DER EXTREMEN RECHTEN IN MITTE 29

 II.V ZIVILCOURAGE 32

 II.VI AUSZÜGE AUS DEM REGISTERS 34

III. KONTAKTADRESSEN UND BERATUNGSANGEBOTE 35

 III.I ANLAUFSTELLEN 35

 III.II BERATUNGSSTELLEN 39



I.I. Was ist das „Berliner Register“?

Das Berliner Register dokumentiert Vorfälle aus Berlin, die rassistisch, antisemitisch, anti-Schwarz rassistisch, antimuslimisch-rassistisch, antiziganistisch, extrem rechts, LGBTIQ*-feindlich, den Nationalsozialismus verherrlichend oder verharmlosend, behindertenfeindlich, anti-feministisch oder sozialchauvinistisch motiviert sind. Die Aufgaben des Registers sind die Dokumentation und Analyse von radikal und extrem rechten Aktivitäten, Vorfällen und Gruppierungen sowie die Sichtbarmachung von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Durch die Sichtbarmachung der alltäglichen Diskriminierung und der Aktivitäten extrem rechter Gruppierungen im eigenen Bezirk können Anwohner*innen für diese Thematiken sensibilisiert werden. Um auch diese alltäglichen Vorfälle sichtbar zu machen, berücksichtigen die Register im Gegensatz zu bestehenden Statistiken nicht nur strafrechtlich relevante Vorfälle wie Angriffe oder Sachbeschädigungen, sondern ebenso niedrigschwellige Vorfälle, wie das Anbringen von diskriminierenden Parolen, aber auch jene Vorfälle, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht wurden oder nicht in das Blickfeld offizieller Stellen gerückt sind. Das Registrieren solcher Vorfälle bei der Registerstelle Berlin-Mitte und in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und in dem sie mit ihren Problemen nicht alleine gelassen werden. In der Registerstelle Berlin-Mitte können Betroffene eine Erst- und Verweisberatung erhalten.

Durch die Veröffentlichung und die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft am Register wächst das Interesse für die Diskriminierungsproblematik, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft. Das Gefühl, selbst auch betroffen sein zu können oder die Betroffenen zu kennen, führt zu mehr Solidarität gegenüber Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind.

Seit 2014 wird die Registerstelle im Bezirk Berlin-Mitte von NARUD e.V. getragen. NARUD e.V. ist eine migrantische, afrikanisch-diasporische Organisation, die sich insbesondere für Integrationsförderung, entwicklungspolitische Bildung und Entwicklungszusammenarbeit einsetzt und das Ziel verfolgt, die diskriminierungsfreie Teilhabe von Migrant*innen in Berlin zu fördern. Es ist folgerichtig ein Anliegen von NARUD e.V., dazu beizutragen, alle Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung in aufklärerischer Weise sichtbar zu machen und zu überwinden. Finanziell gefördert wird das Register Berlin-Mitte durch die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung und das Bezirksamt Berlin-Mitte.

WERDEN SIE REGISTER-ANLAUFSTELLE

Das Register braucht die Beteiligung vieler Menschen bei der Sichtbarmachung von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Bezirk. Werden Sie aktiv und unterstützen Sie die Arbeit. Beratungsstellen, Vereine, Nachbarschaftszentren, Jugendclubs und andere soziale Einrichtungen können als Anlaufstelle aktiv werden, indem sie für das Register werben und Vorfälle an das Register Berlin-Mitte weiterleiten. Meldebögen und Informationsmaterialien können unter register@narud.org angefordert werden. Gerne führen wir auch Schulungen für die Mitarbeiter*innen der Anlaufstellen durch.

Melden Sie uns

rassistische, antisemitische, anti-Schwarz rassistische, antimuslimisch-rassistische, antiziganistische, extrem rechte, LGBTIQ*-feindliche, den Nationalsozialismus verherrlichende oder verharmlosende, behindertenfeindliche, antifeministisch oder sozialchauvinistische Vorfälle aus Berlin!

Registerstelle Berlin-Mitte bei NARUD e.V.

Brüsseler Str. 36, 13353 Berlin

Telefon: Tel.: (030) 4075 7551 · Mobil: 0177 1842023

Mail: register@narud.org

Internet: www.berliner-register.de/vorfall-melden/



gefördert von:

Gefördert durch

im Rahmen von

BERLIN



Senatsverwaltung
für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration,
Vielfalt und Antidiskriminierung

**DEMOKRATIE.
VIELFALT.
RESPEKT.**

Das Landesprogramm gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus



**LANDESSTELLE
FÜR GLEICHBEHANDLUNG -
GEGEN DISKRIMINIERUNG**



**BEZIRKSAMT
MITTE
VON BERLIN**

II. Auswertungen

Entwicklung der Vorfälle im Bezirk Mitte

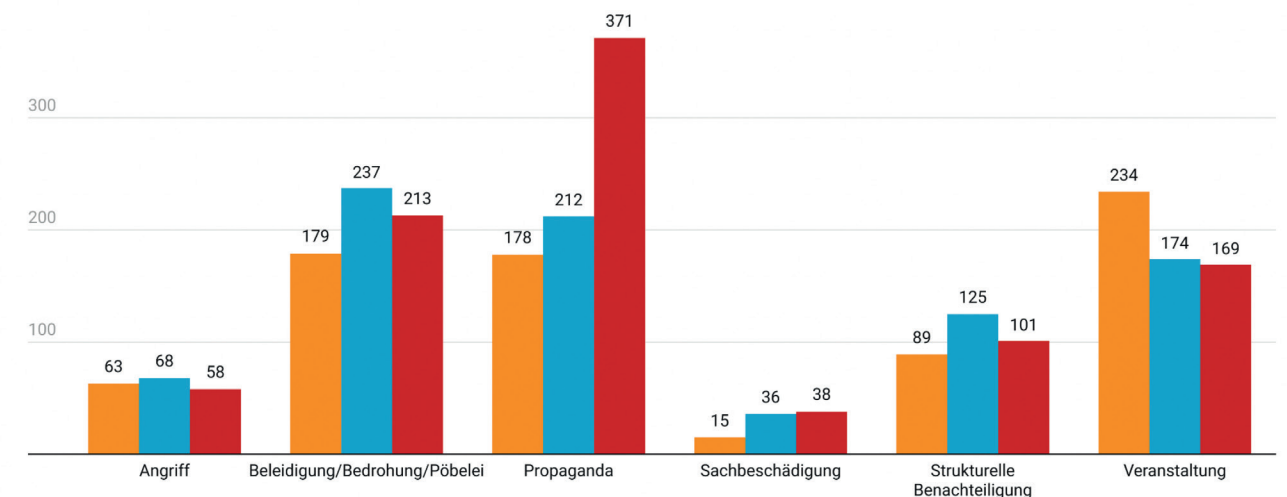
Durch die zentrale Lage des Bezirks, die hier angesiedelten Institutionen und die Berliner Verkehrsinfrastruktur sind viele Menschen aus der ganzen Stadt täglich im Bezirk Mitte unterwegs. An den Umsteige- und Fernbahnhöfen, an den Hochschulen, im Nachtleben und in den Einkaufszentren im Bezirk treffen verschiedene Milieus aufeinander. Gleichzeitig befinden sich mit Wahrzeichen der Stadt wie dem Brandenburger Tor und den Institutionen im Regierungsviertel Orte im Bezirk, die Demonstrationen mit bundesweiter Bedeutung anziehen. Dies führt dazu, dass im Bezirk Mitte vergleichsweise viele Vorfälle erfasst werden. **Mit 950 Vorfällen wurden 2024 so viele Vorfälle wie nie zuvor im Bezirk Mitte erfasst.** 2023 waren es noch 855 Vorfälle, 2022 waren es 758.

In den letzten Jahren standen viele der im Bezirk Mitte erfassten Vorfälle im Zusammenhang mit extrem rechten und verschwörungsideologischen Demonstrationen. Von diesen Demonstrationen war nicht nur Gewalt gegen Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen ausgegangen, auch die erfasste Propaganda hatte häufig einen verschwörungsideologisches Motiv. Ab Mitte 2023 nahm die Bedeutung dieses verschwörungsideologischen Themenbereichs deutlich ab. Diese Entwicklung setzte sich auch 2024 fort. Die verschwörungsideologische Szene hat massiv an Mobilisierungspotential verloren und einige der Gruppen und Akteure haben ihre Aktivitäten gänzlich eingestellt. Mit dem Terrorangriff der Hamas am 07. Oktober 2023 und der israelischen

Gegenreaktion nahmen die antisemitischen Vorfälle im Bezirk Mitte massiv zu. Die nach dem 07. Oktober 2023 einsetzende massive Mobilisierung zum Israel-Palästina-Konflikt und der damit einhergehende starke Anstieg antisemitischer Vorfälle verstetigte sich im Jahr 2024, sodass 2024 zum ersten Mal seit Bestehen des Registers Mitte Antisemitismus das am Häufigsten erfasste Motiv war und mehr antisemitische als insgesamt rassistische Vorfälle dokumentiert werden mussten. Insbesondere antisemitische Veranstaltungen und Propaganda wurden vermehrt erfasst. Die Anzahl der erfassten Propagandavorfälle nahm jedoch auch bei den meisten anderen Motivkategorien zu.

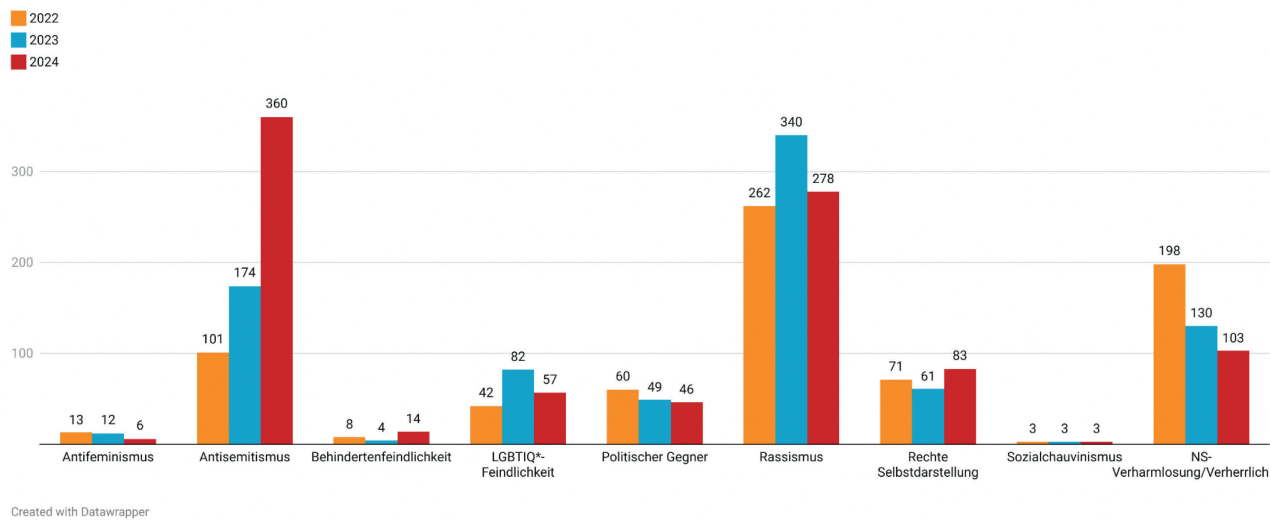
Vorfallsarten

2022 2023 2024



Created with Datawrapper

II.I Vorfälle nach Motiven



Antisemitismus



Nach dem Terrorangriff der Hamas am 07. Oktober 2023 und der israelischen Gegenreaktion registrierten wir im vierten Quartal 2023 einen massiven Anstieg antisemitischer Vorfälle. Diese Entwicklung setzte sich 2024 fort. Wir erfassten mit 360 antisemitischen Vorfällen doppelt so viele, wie im Jahr 2023. Dabei sollte jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass der Großteil der 2023 erfassten Vorfälle mit antisemitischem Motiv im vierten Quartal 2023 erfasst worden war. Das enorm hohe Vorfallaufkommen dieser drei Monate setzte sich glücklicherweise nicht fort.

Die Anzahl erfasster antisemitischer Angriffe ging leicht von 15 Vorfällen im Jahr 2023 auf 12 Vorfälle im Jahr 2024 zurück. Bei antisemitischen Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien erfassten wir mit 56 Vorfällen im Jahr 2024 etwas mehr als im Jahr 2023 mit 45 Vorfällen.



14 der dokumentierten Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien wurden im Umfeld von Demonstrationen erfasst, zehn ereigneten sich im ÖPNV und sieben im Umfeld des Alexanderplatzes. Die enorme Zunahme der Vorfälle im Vergleich zum Gesamtjahr 2023 geht vor allem auf zwei Vorfallsarten zurück: Bei den antisemitischen Veranstaltungen stieg die Anzahl der Vorfälle von 31 im Jahr 2023 auf 94 im Jahr 2024. Die Anzahl der registrierten antisemitischen Propagandavorfälle stieg von 55 im Jahr

2023 auf 163 im Jahr 2024. Propagandavorfälle und Veranstaltungen sind die einzigen Vorfallsarten, bei denen das Aufkommen auf dem hohen Niveau des vierten Quartals 2023 verharrte. Mindestens 106 der Propagandavorfälle und 83 der Veranstaltungen hatten einen Bezug zum Nahost-Konflikt. Schwerpunkte der erfassten antisemitischen Veranstaltungen waren dabei die Umgebung des Alexanderplatzes mit 23 Veranstaltungen, der Potsdamer Platz mit 17 Veranstaltungen sowie das Regierungsviertel und der Leopoldplatz mit jeweils neun Veranstaltungen. Bei diesen Demonstrationen wurden häufig Parolen wie „Kindermörder Israel“ gerufen, mit denen auf antisemitische Ritualmordlegenden angespielt wird.

Auch antisemitische Karikaturen, die jüdische Personen als „Ungeziefer“ darstellten, wurden mehrfach gezeigt. Am Rande einer Demonstration im Juli 2024 griffen Teilnehmende ein jüdisches Paar an, das vor einem Geschäft in der Torstraße saß. Auch Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen wurden mehrfach aus antisemitischen Demonstrationen heraus angegriffen. Die Anzahl der antisemitischen Sachbeschädigungen stieg von 24 im Jahr 2023 auf 31 im Jahr 2024. Dabei registrierten wir 15 Sachbeschädigungen an Gedenkorten. Das Mahnmal in der Levetzowstraße in Moabit war zweimal betroffen, dreimal wurden Stolpersteine beschädigt.



Das Denkmal in der Rosenstraße erinnert an den mutigen Widerstand von Frauen in der NS-Zeit. Der »Block der Frauen« von Ingeborg Hunzinger wurde beschmiert.

28.08.2024 Bezirk: Mitte
Antisemitische Schmierereien am Denkmal für den „Rosenstraßen-Protest“ in Mitte
Das Denkmal in der Rosenstraße in Mitte wurde mit dem Schriftzug „Jews are committing Genocide“, einer palästinensischen Flagge und dem Schriftzug „Free Palestine“ beschmiert. Das Denkmal erinnert an den öffentlichen Protest im März 1943 von nicht-jüdischen Ehefrauen von jüdischen Männern in sogenannten „Mischehen“ vor dem damaligen Sammellager in der Rosenstraße. Quelle: Jüdische Allgemeine vom 28.08.2024, RBB24 vom 28.08.2024, Polizeimeldung Nr. 1771 vom 29.08.2024, taz vom 29.08.2024

Rassismus

Rassismus insgesamt im Bezirk Mitte

Während in Berlin insgesamt **2024 die registrierten rassistischen Vorfälle** deutlich von 1449 (2023) auf **1761** anstiegen, hatten wir im Bezirk Mitte einen Rückgang von 340 im Vorjahr auf 287 Vorfälle zu verzeichnen. Jedoch war 2023 ein trauriges 'Rekordjahr' des Rassismus im Bezirk Mitte gewesen. 2024 registrierten wir immer noch ungefähr ähnlich viele rassistische Vorfälle wie in den meisten Vorjahren, seit in der Auseinandersetzung um steigende Einwanderung Rassismus auch im Bezirk Mitte 2018 auf 272 Vorfälle messbar zugenommen hatte.

2019 hatten wir schon einmal mit 324 rassistischen Vorfällen einen vorläufigen traurigen Höchststand erfassen müssen, im Folgejahr gab es jedoch wieder einen Rückgang auf 285. Trotz dieses erneuten Rückgangs rassistischer Vorfälle im Jahr 2024 gegenüber dem „Rekordjahr“ 2023 kann also im Trend seit 2018 nicht auf wesentlich sinkende rassistische Bedrohungslagen im Bezirk Mitte geschlossen werden, blieben doch die Gesamtzahlen ähnlich hoch, wie zu einer Zeit, als im Bezirk Mitte 2018 121 und 2019 113 rassistisch ausgerichtete Veranstaltungen, Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden hatten, darunter einige Großdemonstrationen, von denen viele Bedrohungen und Angriffe ausgegangen waren.

Seitdem gingen rassistische Veranstaltungen stetig zurück: Waren es 2020 bereits nur noch 56, 2021 noch 39, 2022 nur noch sechs, 2023 gar bloß vier Veranstaltungen, wurden 2024 schließlich nur noch zwei rassistische Kleinkundgebungen abgehalten. Viele der in diesem Zeitraum aktiven Organisator*innen und Akteur*innen der extremen Rechten verschwanden jedoch nicht, sondern sattelten bloß thematisch um. Auch die in dieser Welle rassistischer Mobilisierung entstandenen „Alternativmedien“ existierten weiter, fanden in den Pandemie Jahren und mit den Wahlerfolgen der AfD eher noch weitere Verbreitung.

Rassistische Angriffe erreichten mit 49 im Jahr 2019 einen Höchststand, gingen danach auf 35 (2020), 34 (2021), 25 (2023) und schließlich 2024 auf 21 zurück.

Rassistische Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien hingegen stiegen besonders seit 2021 deutlich an, erreichten mit 179 Vorfällen 2022 ihren Höchststand, waren 2023 jedoch wieder auf 142 zurückgegangen und im Berichtsjahr 2024 wurden noch 108 erfasst, immer noch etwas mehr als in den Jahren größter rassistischer Mobilisierung 2018 und 2019. Rassistische Propagandavorfälle stiegen hingegen deutlich von 49 (2023) auf 63 an.

Vorfälle, die wir unter der Kategorie strukturelle Benachteiligung einordnen, also rassistische Diskriminierungen, wie Benachteiligungen bei Behörden, an Schulen, am Arbeitsplatz bei der Suche von Arbeit und Wohnung oder als Leistungsverweigerung in Geschäften und Lokalen, konnten wir durch verbesserte Kooperationen mit Beratungsstellen, einschließlich der Beratung von Menschen afrikanischer Herkunft im SaFe-Projekt von NARUD e.V., auch zunehmend besser erfassen. 2023 waren Vorfälle von rassistischer struktureller Benachrichtigung im Bezirk Mitte auf 117 angewachsen, vor allem weil viele besonders anti-Schwarz rassistische und antiziganistische Diskriminierungen gegen Geflüchtete aus der Ukraine dokumentiert wurden mit Hotspots im Bezirk Mitte wie dem Landesamt für Einwanderung in Moabit und dem Hauptbahnhof. 2024 sind rassistische Diskriminierungen von Schwarzen „Drittstaaten“-Geflüchteten, die uns gemeldet wurden, berlinweit kaum weniger geworden, haben sich aber mehr über die ganze Stadt verteilt. Deswegen wurden 2024 im Bezirk Mitte nun insgesamt 86 rassistische strukturelle Benachteiligungen dokumentiert, immer noch mehr als noch 2022 mit damals 73.

Antimuslimischer Rassismus



Created with Datawrapper

Mit 70 antimuslimisch-rassistischen Vorfällen wurden 2024 weniger erfasst als im Vorjahr mit 86, aber immer noch deutlich mehr als 2022 mit damals 48. Von diesen erfassten Vorfällen handelte es sich bei fünf um Angriffe statt sechs im Jahr 2023. Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien wurden mit 34 deutlich weniger dokumentiert als im Vorjahr mit 53 Vorfällen, aber immer noch deutlich mehr als im Jahr 2022 mit 20. Uns gemeldete Propagandavorfälle, zumeist Aufkleber von extrem rechten Online-Versandhandeln und Schmierereien im öffentlichen Raum, stiegen leicht von 18 (2023) auf 22 an. Genau wie im Vorjahr wurden uns wieder neun strukturelle Benachteiligungen gemeldet. Der Rückgang der erfassten antimuslimisch-rassistischen Vorfälle insgesamt lässt sich vermutlich darauf zurückführen, dass zwei unserer

früheren Kooperationspartner in diesem Bereich inzwischen ihre Monitoringarbeit eingestellt haben. Auch 2024 fiel bei Angriffen und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien wie im Vorjahr die ungewöhnlich hohe Anzahl von Täterinnen und noch deutlicher von Frauen als Betroffene auf, worin sich der antimuslimische Rassismus in seinen alltäglichen Äußerungsformen von allen anderen Formen des Rassismus deutlich abhebt. Besonders betroffen waren auch zwei Moscheevereine, einer in Moabit, einer in Tiergarten-Süd, die mehrfach rassistische Hasszurschriften erhielten und in deren unmittelbarer Umgebung sich mehrere Beleidigungen, Bedrohungen und Propagandavorfälle ereigneten.

Antiziganismus

19 antiziganistische Vorfälle wurden 2024 dokumentiert, fast genauso viele wie im Vorjahr 2023 mit 18. Die erfassten strukturellen Benachteiligungen stiegen von sieben auf zehn an. Davon ereigneten sich sechs bei Behörden, eine in der Schule, zwei bei anderen Bildungseinrichtungen und eine bei der Wohnungssuche. Von den gemeldeten Beleidigungen ereigneten sich vier an der Arbeitsstelle, zwei im ÖPNV, eine bei einer Bildungseinrichtung, eine im Kultur-

bereich und eine vor einem Imbisslokal. 2022 waren von den damals insgesamt 43 gemeldeten Vorfällen 15 antiziganistische Diskriminierungen gewesen, die sich gegen Geflüchtete aus der Ukraine gerichtet hatten. Rom*nja aus der Ukraine waren 2024 noch von drei Diskriminierungen bei Behörden und in einem Fall in einer Bildungseinrichtung betroffen.



Anti-Schwarzer Rassismus beim Einkaufen in Mitte

21.12.2024 Bezirk: Mitte

Eine Schwarze Frau wurde in einem Geschäft im Ortsteil Mitte von zwei Verkäufer*innen betont auffällig ‚übersehen‘. Als sie sich darüber beschwerte, wurde ihr entgegnet, sie solle doch woanders hingehen. „So eine, wie sie“, solle „keinen Stress machen.“

Quelle: Bürger*innenmeldung

Anti-Schwarze rassistische Bedrohung am S-Bahnhof Bornholmer Straße

14.12.2024 Bezirk: Mitte

Ein Schwarzer Mann wurde am späten Abend von zwei jugendlichen Neonazis rassistisch beleidigt und bedroht, als er vom S-Bahnhof Bornholmer Straße zur nahegelegenen Tram-Haltestelle im Wedding ging. Erst nachdem drei junge Männer den Vorfall bemerkten und dazu kamen, ließen sie von ihm ab und entfernten sich.

Quelle: Bürger*innenmeldung

Anti-Schwarze rassistische und LGBTQ*feindliche Diskriminierung bei Behörde in Mitte

13.10.2024 Bezirk: Mitte

Bei einer Behörde im Bezirk Mitte kam es zu einem Vorfall von anti-Schwarzer rassistischer und LGBTQ*feindlicher Diskriminierung. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

Quelle: Registerstelle Mitte

Anti-Schwarzer Rassismus

| | |
|------------------------------|----|
| Angriff | 4 |
| Bedrohung/Beleidigung/Pöbele | 21 |
| Propaganda | 2 |
| Strukturelle Benachteiligung | 46 |

Created with Datawrapper

Anti-Schwarze rassistische Vorfälle fielen 2024 von 124 im Jahr 2023 auf 73, besonders weil statt 80 nun nur noch 46 strukturelle Benachteiligungen erfasst wurden. Aber auch Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien wurden mit 21 statt 36 weniger erfasst. Angriffe blieben mit vier und Propagandavorfälle mit zwei in gleicher Höhe wie im Vorjahr.

Bei einem Angriff handelte es sich jedoch um ein Tötungsdelikt: Ein kamerunischer Familienvater, der eine Frau und zwei kleine Kinder hinterlässt, wurde am 11. Juli 2024 im Ortsteil Gesundbrunnen von einem jungen Mann türkischer Herkunft erstochen, weil er mit seinem neu gekauften Kleintransporter einen Parkplatz versperrt hatte, den der Täter wohl als seiner Familie zustehend betrachtet hatte. Anwesende Schwarze Freunde des Opfers bezeugten den wahrscheinlich rassistischen Hintergrund der Tat. Auch die Staatsanwaltschaft sprach im Strafprozess davon, dass anzunehmen sei, dass die vom Täter ausgehende Gewalteskalation in einem relativ alltäglichen Parkplatzstreit von rassistischen Haltungen des Täters wahrscheinlich mindestens mit motiviert worden sei. Das Gericht wollte jedoch keinen Rassismus und keine niederen Motive für Mord erkennen und urteilte: „Die Ursache war nicht, dass William Chedjou Schwarz war, sondern dass [der Täter] es für notwendig hielt, sich mit einem Messer zu bewaffnen und dass keiner der Beteiligten die Banalität der Situation erkannte und deeskalierte.“ Damit sprach es dem Opfer und seinen anwesenden Schwarzen Freunden eine Mitschuld zu. Der Täter wurde am 24.2.2025 wegen Totschlag zu sechs Jahren Haft verurteilt, nur ein Jahr über der Mindeststrafe für dieses Delikt. Berlins afrikanische Communities sind überzeugt, dass das Gericht die Zeugenaussagen der anwesenden Schwarzen Freunde des Opfers nicht an-

gemessen berücksichtigt und sich nicht bemüht hat, wahrscheinliche rassistische Gedankengänge des Täters nachzuvollziehen. Es erkannte nicht die noch im Prozess vom Täter vorgebrachten anti-Schwarzen rassistischen Stereotype, mit denen er von einer „so lauten“ „Übermacht“ der Schwarzen am Tatort sprach, obwohl die drei Freunde des Opfers am Straßenrand stehen geblieben waren und sich nicht direkt in den Streit eingemischt hatten, vom Täter jedoch auch die Familie am Tatort anwesend war und sein Bruder sich am Streit beteiligt hatte. Das Urteil entsprach so den im ersten, von EOTO durchgeführtem Afrozensus 2020 dokumentierten Erfahrungen Schwarzer Menschen in Deutschland, dass ihre Aussagen und Perspektiven sehr häufig nicht ernst genommen werden.

Die Tat macht jedoch deutlich, dass Rassismus nicht ausschließlich von der Mehrheitsgesellschaft ausgeht. Wenn junge Männer in einem Alltagsstreit aufgrund einer Kleinigkeit rassistische Gewalt ausüben, stellt sich auch für andere Communities die Frage, woher diese rassistische Verrohung kommt und wie ihr entgegengewirkt werden kann. Nötige Solidarität gegen Rassismus braucht eine Zusammenarbeit, die sich dieser Herausforderung im Kampf gegen Rassismus stellt und die gegen die unterschiedlichen Formen des Rassismus (sowie auch von Antisemitismus) jeweils spezifisch und auch spezifisch in ihren jeweiligen Communities sensibilisiert.

Eine Solidaritätsdemonstration am 20. Juli 2024 für die Angehörigen William Chedjous vom Tatort in Berlin-Gesundbrunnen quer durch den Bezirk Mitte mit insgesamt ca. 4000 Teilnehmenden, vorwiegend Berliner*innen afrikanischer Herkunft, fand in der Medienöffentlichkeit leider kaum Beachtung.

Rassismus allgemein



Created with Datawrapper

Alle Formen von Rassismus, die sich nicht den bereits vorgestellten, besonders erfassten Motivkategorien anti-Schwarzer Rassismus, antimuslimischer Rassismus und Antiziganismus zuordnen lassen, erfassen wir unter "Rassismus allgemein". Hierzu gehören auch antiasiatischer und antislawischer Rassismus, aber auch alle rassistischen Vorfälle, bei denen wir die Form des Rassismus nicht in Erfahrung bringen konnten. Letzteres ist z.B. sehr häufig bei Polizeimeldungen der Fall.

Die unter Rassismus allgemein erfassten Vorfälle waren 2023 deutlich von 82 (2022) auf 112 angestiegen. Hier hatten wir 2024 keinen Rückgang, sondern einen weiteren leichten Anstieg auf 116 zu verzeichnen. Dies waren zwölf Angriffe, 44 Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien, 37 Propagandavorfälle und 21 strukturelle Benachteiligungen. Auch die beiden rassistischen Kleinveranstaltungen, die 2024 noch

stattgefunden hatten, wurden unter dieser Motivkategorie erfasst. Eine dieser beiden richtete sich jedoch primär verschwörungsideologisch gegen die "Lügenpresse", der neben vielem anderem auch die "Umvolkung" vorgeworfen wurde und fand, organisiert von Verschwörungsideolog*innen und Reichsbürger*innen, vor dem ZDF-Hauptstadtstudio statt. Hier wurde sichtbar, dass der rassistisch-verschwörungsideologische Mythos vom "Großen Austausch", der besonders von der extrem rechten Identitären Bewegung in den Jahren 2018 und 2019 auf zahlreichen Demonstrationen verbreitet worden war, weiterhin von vielen extrem rechten Gruppierungen verbreitet wird und nun auch auf Kundgebungen der verschwörungsideologischen Mischszene Zustimmung findet, auf denen viele Teilnehmende dieser Mischszene ursprünglich nicht aus der Rechten kamen.



Antiasiatischer Rassismus

2024 erfassten wir 20 Vorfälle von antiasiatischem Rassismus, 2022 waren es elf, 2023 waren es 14 gewesen. Darunter war 2024 ein Angriff, der zunächst aus antisemitischer Motivation begonnen worden war: Zwei indische Männer wurden von einer Gruppe israelbezogener antisemitischer Sprüche rufender Jugendlicher im U-Bahnhof Turmstraße angegriffen, weil die Tätergruppe sie zunächst für israelische Juden gehalten hatte. Doch auch nachdem sie ihren Irrtum bemerkt hatten, ließen sie von ihren Opfern nicht ab. Elf waren Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien. Acht waren strukturelle Benachteiligungen, von denen sich fünf am Landesamt für Einwanderung ereigneten. Bei diesen fünf Vorfällen waren vietnamesische Geflüchtete aus der Ukraine betroffen.

LGBTIQ*-Feindlichkeit



Created with Datawrapper

Nachdem sich 2023 die Zahl der registrierten LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle auf 87 fast verdoppelt hatte, erfassten wir 2024 zwar nur noch 57 Vorfälle. Dies ist dennoch die zweithöchste Anzahl, die wir je erfassten. Die Anzahl der Angriffe ging 2024 nur leicht auf 18 zurück von einem Hochstand von 19 Angriffen im Jahr 2023. Wie bereits in den letzten Jahren ist die Zahl der Angriffe im Vergleich zu anderen Vorfällen bei LGBTIQ*-Feindlichkeit sehr hoch und einiger der Angriffe von extremer Brutalität gekennzeichnet. LGBTIQ*-feindliche Angriffe wurden häufig von Gruppen begangen und insbesondere transfeindliche Angriffe waren häufig besonders brutal. Sieben der Angriffe waren transfeindlich motiviert. In sechs Fällen waren schwule Männer betroffen. Die erfassten LGBTIQ*-feindlichen Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien sanken nach 18 Vorfällen im Jahr 2022 und 26 Vorfällen im Jahr 2023 auf 15 im Jahr 2024. Auch von den Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien waren viele transfeindlich motiviert. Trans Frauen und nichtbinäre Personen sind angesichts ihres sehr kleinen Anteils an der Gesamtbevölkerung als Betroffene von Angriffen und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien massiv überrepräsentiert.



Wie schon im Jahr 2023 ereigneten sich viele der LGBTQ*-feindlichen Angriffe und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien im ÖPNV. Dort fanden fünf der Angriffe und sechs der Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien statt.

In der Kategorie Propaganda erfassten wir mit 19 Vorfälle im Jahr 2024 nach 18 im Jahr 2023 etwa gleich viel. Nachdem wir 2023 noch acht LGBTQ*-feindliche Veranstaltungen registriert hatten, waren es 2024 nur noch drei. Zwei dieser Veranstaltungen kamen aus dem transfeindlichen Spektrum der Frauenbewegung und richteten sich gegen das Selbstbestimmungs-gesetz. Die andere Veranstaltung war eine Versamm-lung von jungen Neonazis, die sich getroffen hatten, um den CSD zu stören. Diese Aktion wurde jedoch von der Polizei unterbunden. Dennoch erfassten wir drei LGBTQ*-feindliche Angriffe in den Wochen vor und nach dem CSD, was jedoch deutlich weniger ist, als in den Vorjahren.



Politische Gegner*innen

| | |
|------------------------------|----|
| Angriff | 2 |
| Bedrohung/Beleidigung/Pöbele | 11 |
| Propaganda | 31 |
| Sachbeschädigung | 2 |

Created with Datawrapper

In der Kategorie Politische Gegner*innen erfassten wir 46 Vorfälle nach 49 im Jahr 2023 und 60 im Jahr 2022. Während wir im Jahr 2022 noch 16 Angriffe und 2023 acht in dieser Kategorie erfassten, waren es 2024 nur noch zwei Angriffe. Beide Angriffe richteten sich gegen Journalist*innen. In den Vorjahren fanden diese Angriffe häufig im Umfeld von extrem rechten Demonstrationen statt. Der Rückgang erklärt sich vor allem durch Veränderungen im Demonstrationsgeschehen in Mitte und dem Rückgang der Demonstrationen von Pandemieleugner*innen und Verschwörungsideolog*innen. Dies erklärt auch

den Rückgang von Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gegen politische Gegner*innen. Nach 22 Vorfällen im Jahr 2022 und 14 im Jahr 2023 erfassten wir 2024 nur noch elf Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien mit diesem Motiv. Zugenommen hat jedoch die Propaganda. Vor allem gegen Antifaschist*innen gerichtete Aufkleber wurden vermehrt verbreitet. Ab Juli 2024 tauchten insbesondere im Süden des Orts-teils Tiergarten vermehrt Aufkleber mit diesem Motiv auf. Insgesamt erfassten wir 31 Propagandavorfälle, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richteten.

Rechte Selbstdarstellung

| | |
|------------------------------|----|
| Bedrohung/Beleidigung/Pöbele | 6 |
| Propaganda | 52 |
| Veranstaltung | 25 |

Created with Datawrapper

2024 erfassten wir mit 83 deutlich mehr Vorfälle mit dem Motiv rechte Selbstdarstellung als im Jahr 2023 mit 61 und 2022 mit 71 Vorfällen. Nachdem in den Vorjahren keine Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien in dieser Kategorie erfasst wurden, waren es 2024 sechs. Bei allen sechs Vorfällen zeigten Personen den „Wolfsgruß“, ein Handzeichen der extrem rechten türkischen Grauen Wölfe. Dieser Vorfälle ereigneten sich azum Großteil im Kontext von Fußballspielen während der Europameisterschaft. Auch bei Propaganda in dieser Motivkategorie gab es einen deutlichen Anstieg von 34 Vorfällen im Jahr 2022 und 32 Vorfällen im Jahr 2023 auf 52 im Jahr 2024.

Dabei wurden meist Aufkleber erfasst, die das Logo extrem rechter Organisationen zeigten, aber keine inhaltlichen Aussagen hatten. Einen Rückgang gab es bei Veranstaltungen in dieser Kategorie von 37 im Jahr 2022 und 29 im Jahr 2023 auf 25 im Jahr 2024. Die meisten dieser Veranstaltungen waren verschwörungsideologische Demonstrationen.

Verharmlosung/Verherrlichung des NS



Created with Datawrapper

In dieser Kategorie sank die Anzahl der erfassten Vorfälle von 198 im Jahr 2022 und 130 im Jahr 2023 auf nur 103 im Jahr 2024. Dabei erfassten wir erstmals einen Angriff in dieser Kategorie und mit 13 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien im Jahr 2024 nach sieben im Jahr 2022 und fünf im Jahr 2023 auch deutlich mehr Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien. Bei diesen Vorfällen zeigten Personen entweder den Hitlergruß oder riefen „Sieg Heil“. Mit 43 Vorfällen im Jahr 2024 nach 27 im Jahr 2022 und 26 im Jahr 2023 erfassten wir auch deutlich mehr NS-verharmlosende Propaganda.



Darunter waren viele Hakenkreuze aber auch Runen und neonazistische Zahlencodes. Insgesamt erfassten wir 2024 38 Hakenkreuze, von denen jedoch einige aufgrund ihres Kontextes als antisemitisch

gewertet wurden und deshalb unter Antisemitismus und nicht in dieser Kategorie registriert wurden. Einen deutlichen Rückgang gab es bei Veranstaltungen in diesem Bereich. Erfassten wir 2022 noch 198 Veranstaltungen waren ist 2023 nur noch 130 und 2024 nur noch 103. Mit dem Ende der Pandemie ging die Anzahl der verschwörungsideologischen Demonstrationen zurück, auf denen gehäuft mit Vergleichen die NS-Diktatur relativiert worden war. Auch Reichsbürger*innen, deren Kundgebungen von uns zumeist in dieser Kategorie registriert werden, hielten 2024 weniger Versammlungen ab, jedoch war der Einbruch nicht so stark wie bei den verschwörungsideologischen Versammlungen.

Antifeminismus

In der Kategorie Antifeminismus erfassten wir sechs Vorfälle nach 13 im Jahr 2022 und zwölf im Jahr 2023. Die beiden erfassten Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien richteten sich gegen feministische Organisationen. Wir erfassten zwei antifeministische Propagandavorfälle. Bei beiden handelte es sich um Aufkleber, die sich gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch richteten. Außerdem erfassten wir zwei antifeministische Demonstrationen. Eine davon war wie schon in den Vorjahren der „Marsch für das Leben“, eine Demonstration von Abtreibungsgegner*innen unter regelmäßig erheblicher Beteiligung von extremen Rechten. Die andere Veranstaltung war eine Demonstration einer antifeministischen und radikal rechts ausgerichteten katholisch-fundamentalistischen Kleingruppe.

Behindertenfeindlichkeit



Created with Datawrapper

Mit 14 Vorfällen erfassten wir deutlich mehr behindertenfeindliche Vorfälle als in den Vorjahren. 2022 waren es acht, im Jahr 2023 nur vier. Wir erfassten zwei behindertenfeindliche Angriffe und eine Bedrohung/Beleidigung/Pöbele. Eine massive Steigerung gab es bei den erfassten strukturellen Benachteiligungen. Nach drei im Jahr 2022 und nur

einer strukturellen Benachteiligung im Jahr 2023 erfassten wir 2024 elf Vorfälle. Die Steigerung lässt sich auf die Meldungen von Einzelpersonen zurückführen. Generell lässt sich durch die geringe Zahl von Vorfällen und den vermutlich niedrigen Erfassungsgrad wenig über die tatsächliche Entwicklung im Bezirk Mitte sagen.

Sozialchauvinismus

Wir erfassten 2024 drei sozialchauvinistische Vorfälle gegen Wohnungslose. Auch in den vergangenen Jahren erfassten wir jeweils drei Vorfälle. 2024 waren es zwei Angriffe sowie eine Pöbele in der

U-Bahn. Generell lässt sich durch die geringe Zahl von Vorfällen und den vermutlich niedrigen Erfassungsgrad wenig über die tatsächliche Entwicklung im Bezirk Mitte sagen.

Extrem rechte Propaganda in Tiergarten

14.10.2024 Bezirk: Mitte

Durch die Stauffenbergstraße in Tiergarten fuhr ein Fahrzeug mit einer Werbetafel, auf der eine extrem rechte Organisation beworben wurde. Der Inhalt der Werbetafel richtete sich gegen eine Konferenz zu einem internationalen Pandemieabkommen, die in der Stauffenbergstraße stattfand. Die beworbene Organisation verbreitet auf ihrer Webseite eine Reihe von Verschwörungsmythen sowie LGBTIQ*-Feindlichkeit und Antifeminismus.

Quelle: Registerstelle Mitte

Behindertenfeindlicher Angriff in Mitte

05.06.2024 Bezirk: Mitte

Eine Frau stieß in der Tieckstraße in Mitte eine andere Frau aus deren Rollstuhl. Die Betroffene klagte danach über Schmerzen. Gegenüber der Polizei rechtfertigte die Angreiferin ihr Verhalten damit, dass solches Verhalten gegenüber Menschen mit Behinderung erlaubt sei.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1187 vom 06.06.2024



Extrem rechte Propaganda am S-Bahnhof Bellevue

Im und vor dem S-Bahnhof Bellevue wurden zwei Aufkleber entdeckt und entfernt, die für eine „Gegenuni“ warben. Diese ist ein Projekt der Neuen Rechten, das versucht, theoretische Grundlagen für ein rechtes Lager zu erarbeiten und zu vermitteln. Es wurde von Personen aus dem Umfeld der extrem rechten „Identitären Bewegung“ initiiert.

16.12.2024 Bezirk: Mitte

Quelle: Bürger*innenmeldung

II.I Vorfallsarten

Angriffe

2024 wurden mit 58 Angriffen etwas weniger als in den Vorjahren erfasst. Jedoch war in diesem Jahr ein Angriff ein Tötungsdelikt. 2023 waren es noch 68, im Jahr 2022 noch 63 Angriffe. Der Rückgang verteilte sich nahezu gleichmäßig über die Motive, nur bei NS-verharmlosenden und sozialchauvinistischen Angriffen gab es einen Anstieg. Wir erfassten 12 Angriffe im ÖPNV. Davon waren fünf rassistisch und fünf LGBTQ*-feindlich motiviert. 2023 ereigneten sich noch 19 Angriffe im ÖPNV. Sieben Angriffe fanden im Umfeld von Demonstrationen statt, drei Angriffe ereigneten sich am Alexanderplatz. 2023 registrierten wir noch 17 Angriffe im Umfeld von Demonstrationen und zehn Angriffe am Alexanderplatz. Am Bahnhof

Gesundbrunnen, wo 2023 noch drei Angriffe erfasst worden waren, wurde uns 2024 kein Angriff gemeldet. Mit 21 Angriffen fanden die meisten im Ortsteil Mitte statt. Im Ortsteil Gesundbrunnen registrierten wir 11 Angriffe. Über 80 Prozent der Angriffe gingen von Männern aus. Nur bei rassistischen und behindertenfeindlichen Angriffen spielten Täterinnen eine relevante Rolle. Bei den Betroffenen der Angriffe war das Geschlechterverhältnis ausgeglichener. Bei antimuslimischem Rassismus und Behindertenfeindlichkeit waren alle Betroffenen weiblich und auch bei LGBTQ*-feindlichen Angriffen waren mehr Frauen als Männer betroffen. Bei zwei LGBTQ*-feindlichen Angriffen waren nichtbinäre Personen betroffen.

Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien

Auch bei Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien gab es einen leichten Rückgang auf 212 Vorfälle nach 237 im Jahr 2023 und 179 im Jahr 2022. Steigerungen gab es vor allem bei antisemitisch motivierten Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien von 45 im Jahr 2023 auf 56 im Jahr 2024, bei rechter Selbstdarstellung von Null im Jahr 2023 auf 6 im Jahr 2024 und bei NS-Verherrlichung von 5 im Jahr 2023 auf 13 im Jahr 2024. In den letzten beiden Motivkategorien ist die Steigerung auf mehr „Wolfsgrüße“ bzw. „Hitlergrüße“ zurückzuführen. 40 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien fanden im ÖPNV statt, 14 am Alexanderplatz und 32 im Umfeld von Demonstrationen. Sowohl am Alexanderplatz als auch bei Demonstrationen waren

jeweils die Hälfte der Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien antisemitisch motiviert. An diesen Vorfällen waren Frauen deutlich häufiger als Täterinnen involviert als bei Angriffen. 60 Prozent der Vorfälle gingen von Männern aus, 20 Prozent von Frauen und bei weiteren 20 Prozent waren Männer und Frauen beteiligt. Gleichzeitig waren Frauen über 50% der Betroffenen. Bei LGBTQ*-feindlichen Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien waren zwei Drittel der Betroffenen Frauen, bei antimuslimisch-rassistisch motivierten Beleidigungen und Bedrohungen waren sogar drei Viertel der Betroffenen Frauen.

Propaganda

2024 verzeichneten wir einen massiven Anstieg bei Propagandavorfällen, zumeist Aufklebern und Schmierereien. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf bessere Melde*innenstrukturen zurückzuführen. Wir erfassten 371 Propagandavorfälle nach 212 Vorfällen im Jahr 2023 und 178 im Jahr 2022. Damit wurde auch der bisherige Höchststand von 256 Vorfällen im Jahr 2021 übertroffen. Besonders auffällig ist die Verdreifachung antisemitischer Propaganda von 55 Vorfällen im Jahr 2023 auf 163 im Jahr 2024. Insbesondere in den Ortsteilen Wedding und

Mitte wurde viel antisemitische Propaganda gemeldet. Zwar wurden uns antisemitische Schmierereien und Aufkleber aus dem gesamten Bezirk gemeldet, eine besondere Häufung von antisemitischen Aufklebern gab es jedoch in der Umgebung der Humboldt-Universität, in Wedding im Brüsseler Kiez und am S-Bahnhof Wedding sowie in Gesundbrunnen rund um die Pankstraße. Die meisten antisemitischen Aufkleber hatten einen Bezug zum Nahost-Konflikt und waren nicht zwangsläufig der extremen Rechten zuzuordnen.

Eine Entwicklung, die in den letzten Jahren bereits in den Ostbezirken sichtbar war, ist die Verbreitung von Aufklebern aus extrem rechten Versandhandeln. Während in der Vergangenheit viele Propagandavorfälle in Mitte auf Aufkleber bestimmter extrem rechter Organisationen zurückzuführen waren, sind es nun häufiger Aufkleber aus Versandhandeln. Insbesondere „Anti-Antifa“-Sticker aber auch LGBTQ*-feindliche und einige rassistische Aufkleber aus solchen Versandhandeln wurden deutlich mehr gemeldet. Insbesondere im Süden des Ortsteil Tiergarten, in Wedding, im Regierungsviertel und im Osten

Veranstaltungen

Mit 169 erfassten wir etwas weniger Veranstaltungen, zumeist Kundgebungen und Demonstrationen, als 2023, als wir noch 174 Veranstaltungen dokumentiert hatten und deutlich weniger als 2022, als 235 Veranstaltungen erfasst worden waren. Ab 2020 prägten vor allem verschwörungsideologische Demonstrationen das Geschehen im Bezirk Mitte. Mit dem Ende der Pandemie nahmen die Aktivitäten der verschwörungsideologischen Mischszene in Mitte immer weiter ab. Während 2023 noch 116 Demonstrationen mit Verschwörungsbezug erfasst

und Südosten des Ortsteils Mitte wurden Aufkleber aus diesen Versandhandeln gemeldet. Zahlenmäßig wenig aber ebenfalls über den kompletten Bezirk verteilt wurden uns 2024 Aufkleber einer politisch radikal rechts ausgerichteten fundamentalistisch-katholischen Organisation gemeldet. Diese Aufkleber machten Werbung für die eigene Organisation oder verbreiteten antimuslimischen Rassismus und/oder LGBTQ*-Feindlichkeit. In Wedding tauchten diese Aufkleber meist in Kombination mit Aufklebern aus dem Umfeld der „Identitären Bewegung“ oder der „Jungen Alternative“ auf.

wurden, waren es 2024 nur noch 39. 2023 waren 83 Demonstrationen zum Thema Ukraine-Konflikt abgehalten worden, 2024 waren es nur noch 26 und die Corona-Pandemie spielte nur noch bei 16 Demonstrationen eine Rolle, während 2023 dies noch bei 62 der Fall gewesen war. Zwar fanden weiterhin Veranstaltungen von Reichsbürger*innen statt, aber die größte Veränderung war bei antisemitischen Demonstrationen mit Bezug zum Nahost-Konflikt festzustellen. 2023 erfassten wir nur 28 Demonstrationen zu diesem Thema, 2024 jedoch 83.

Sachbeschädigungen

Wir erfassten 2024 38 Sachbeschädigungen gegenüber 36 im Jahr 2023. Während wir etwas weniger LGBTQ*-feindliche Sachbeschädigungen registrierten, nahmen antisemitische Vorfälle dieser Art leicht zu. 2023 wurden zehn Gedenkkorte beschädigt, 2024 waren es zwölf gewesen.

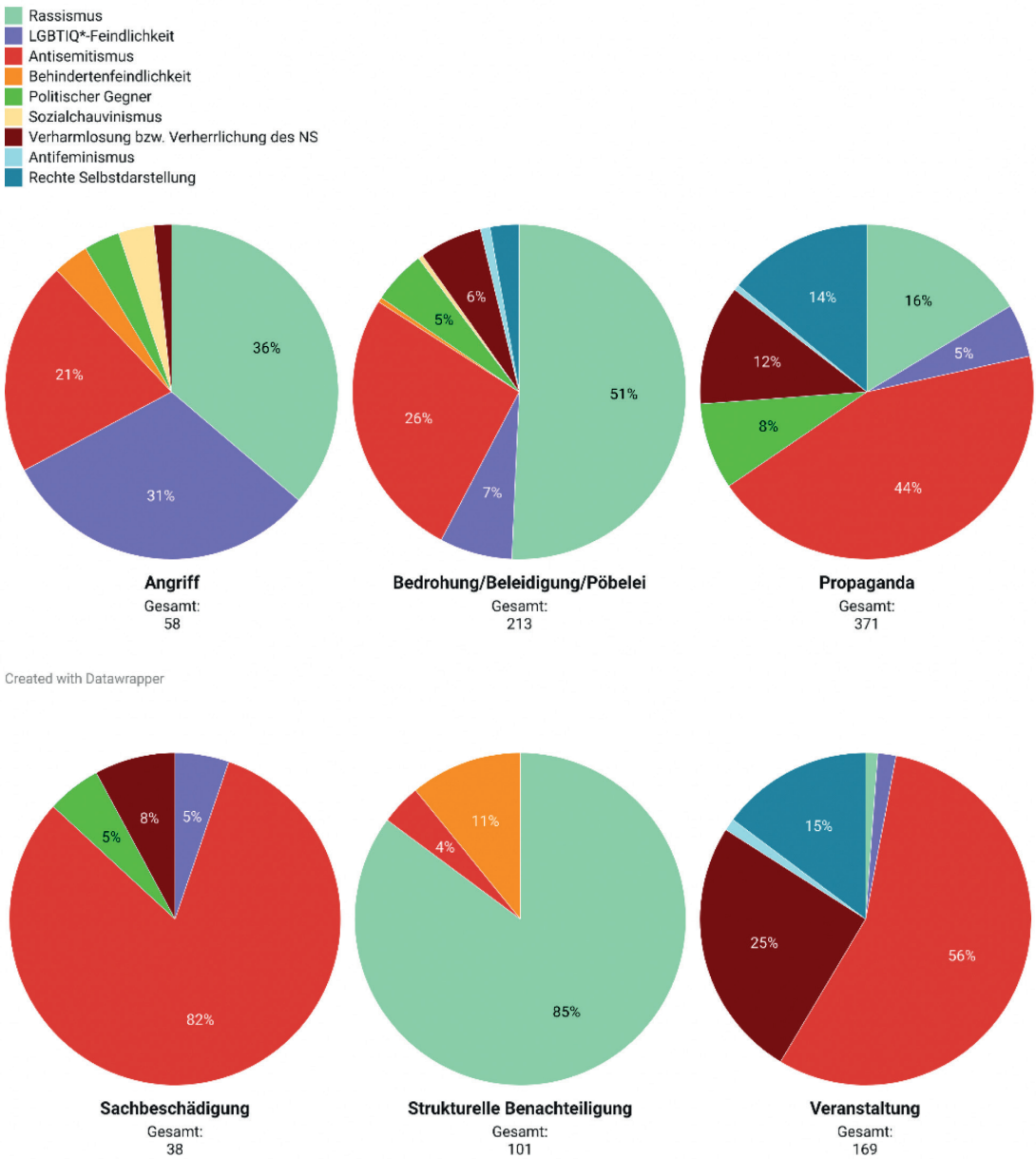


© Bezirksamt, Sachbeschädigung des Rathauses

Strukturelle Benachteiligung

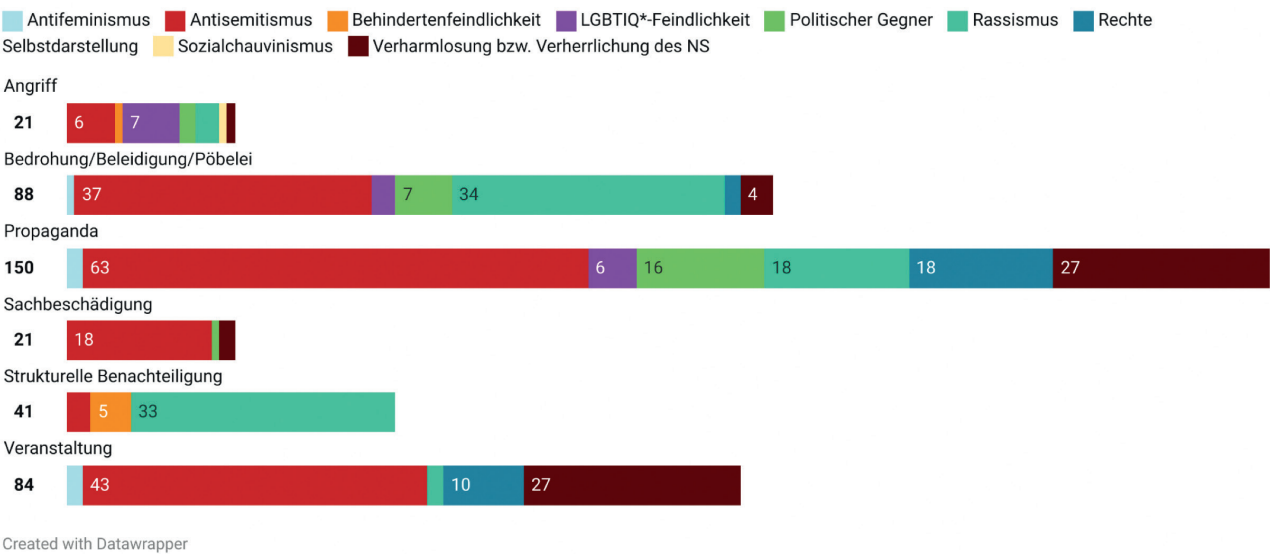
Mit 101 erfassten strukturellen Benachteiligung verzeichneten wir einen leichten Rückgang in diese Kategorie, nachdem 2023 noch 125 Vorfälle erfasst worden waren. Die meisten der Vorfälle in dieser Kategorie wurden uns von Kooperationspartner*innen übermittelt. 46 der Vorfälle waren anti-Schwarz-rassistisch motiviert. Hier gab es viele Meldungen über Diskriminierungen bei Behörden, aber auch am Arbeitsplatz der Betroffenen und aus Schulen. Viele der Betroffenen waren zumeist als sogenannte „Drittstaaten-Angehörige aus der Ukraine geflohen. Auch bei den sieben antisiasiatisch-rassistischen Vorfällen dieser Art waren viele Betroffene aus der Ukraine

geflohen. Wir verzeichneten außerdem vier antisemitische Vorfälle, bei denen es jeweils um Leistungsverweigerungen handelte, elf behindertenfeindliche Vorfälle, neun antimuslimisch-rassistische und zehn antiziganistische Diskriminierungen sowie 14 weitere rassistische Vorfälle. Wie auch in den letzten Jahren wurden uns viele Vorfälle gemeldet, die sich am Landesamt für Einwanderung in Moabit ereignet hatten. Dort erfassten wir 25 Vorfälle. Diese betrafen zumeist Menschen, die aus der Ukraine geflohen waren. Neun erfasste Benachteiligungen ereigneten sich an Schulen und Hochschulen im Bezirk Mitte.



II.III Verteilung nach Ortsteilen

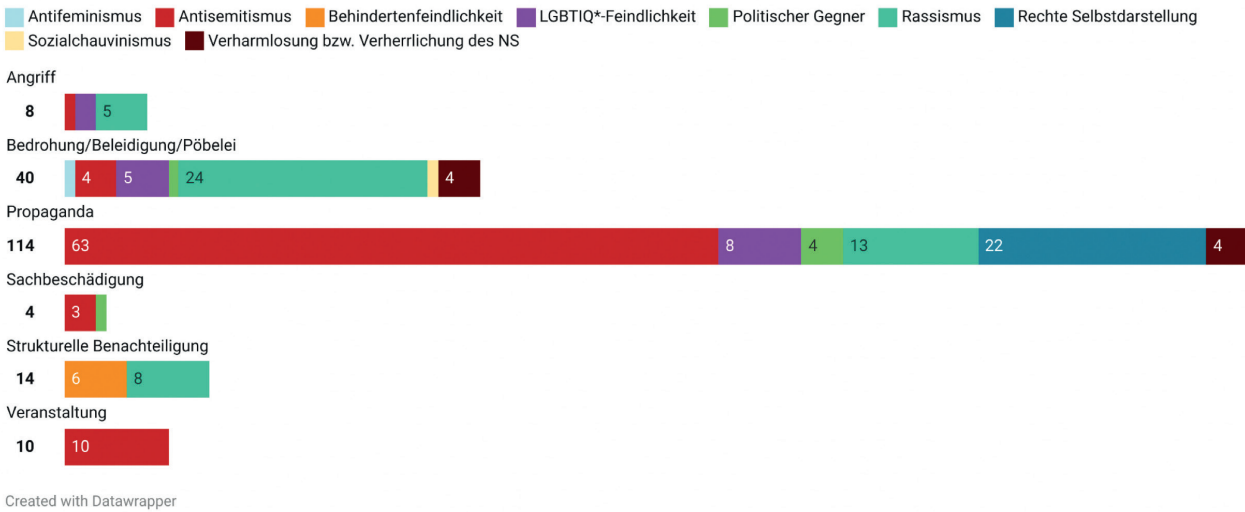
Ortsteil Mitte



Im Ortsteil Mitte registrierten wir mit 405 Vorfällen 42 % aller Vorfälle im Bezirk. Da Teile des Regierungsviertels und das Brandenburger Tor im Ortsteil liegen, gab es hier besonders viele Demonstrationen und Kundgebungen. Wir erfassten 26 Veranstaltungen in der Umgebung des Alexanderplatzes, 19 Veranstaltungen auf dem Pariser Platz und 16 auf der Straße Unter den Linden. Im Umfeld von Demonstrationen im Ortsteil Mitte gab es fünf Angriffe und 21 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, von denen viele antisemitisch motiviert waren. Die meisten der Demonstrationen, die vom Alexanderplatz ausgingen, waren ebenfalls antisemitisch motiviert und hatten einen Bezug zum Nahost-Konflikt. Auch auf der Straße Unter den Linden gab es einige Demonstrationen zum Israel-Palästina-Konflikt, auf denen sich Teilnehmende antisemitisch äußerten. Gleichzeitig gab es dort auch einige Demonstrationen aus dem verschwörungsideologischen Milieu und aus der Reichsbürger*innenszene. Auch am Pariser Platz kam es zu einer Reihe von Kundgebungen von Reichsbürger*innen, die dort regelmäßig eine Mahnwache vor der amerikanischen Botschaft abhielten. Sowohl Reichsbürger*innen, als auch das verschwörungsideologische Milieu waren 2024 deutlich weniger präsent als in den Vorjahren. Die massive Zunahme antisemitischer Demonstrationen nach dem 07. Oktober 2023

führte 2024 dazu, dass antisemitische Demonstrationen etwa die Hälfte aller erfassten Veranstaltungen im Ortsteil ausmachten. Auch bei der Propaganda im Ortsteil nahm Antisemitismus als Motiv zu. 2024 erfassten wir 63 Vorfälle mit antisemitischer Propaganda. 2023 waren es nur 25. Die Menge der gemeldeten Propaganda nahm aber bei allen Motiven zu. Propaganda gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten stieg von sechs Vorfällen im Jahr 2023 auf 16 im Jahr 2024. Dabei handelte es sich meist um gegen Antifaschist*innen gerichtete Aufkleber aus neonazistischen Online-Versandhandeln. Im Ortsteil Mitte gibt es verschiedene Mahnmale und Gedenkorte, die zum Teil bundesweit bekannt sind. 2024 wurden mehrere dieser Gedenkorte beschädigt oder beschmiert. So wurde das Denkmal in der Rosenstraße mit dem Schriftzug „Jews are committing Genocide“, einer palästinensischen Flagge und dem Schriftzug „Free Palestine“ beschmiert. Das Denkmal erinnert an den öffentlichen Protest im März 1943 von nicht-jüdischen Ehefrauen von jüdischen Männern in sogenannten „Mischehen“ vor dem damaligen Sammellager in der Rosenstraße. Insgesamt erfassten wir 21 Sachbeschädigungen im Ortsteil Mitte.

Ortsteil Wedding



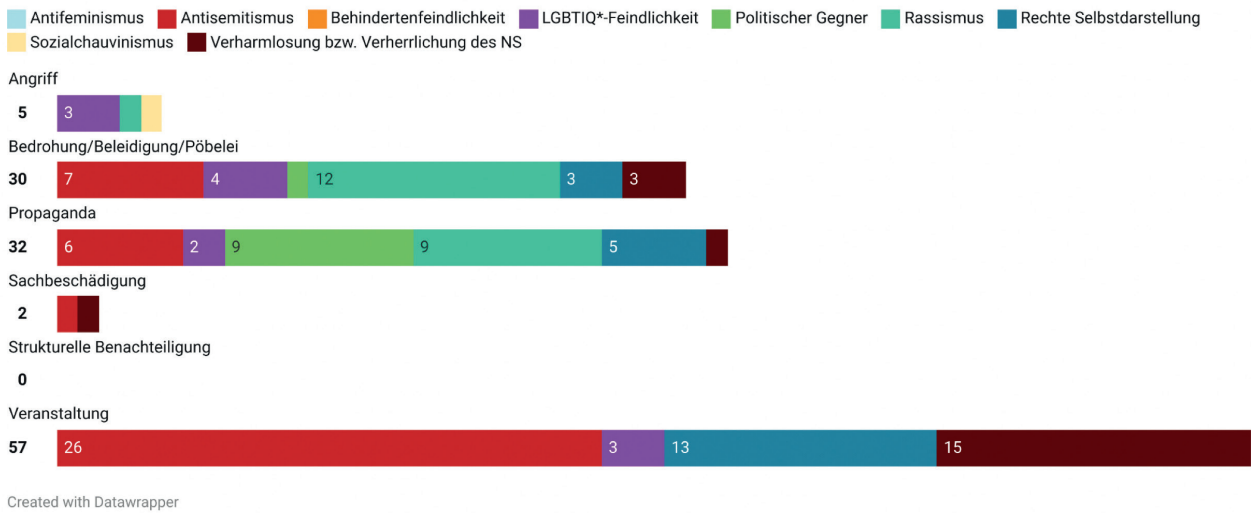
Im Jahr 2024 erfassten wir mit 190 Vorfällen deutlich mehr als im Vorjahr, als nur 130 Vorfälle registriert worden waren. Der Anstieg geht hauptsächlich auf deutlich mehr Propagandavorfälle zurück, die von 49 im Jahr 2023 auf 114 im Jahr 2024 anstiegen. Dabei nahm vor allem antisemitische Propaganda zu, aber auch rassistische Propaganda und selbstdarstellende Werbung der extremen Rechten verdoppelten sich. Im Brüsseler Kiez erfassten wir 40 Vorfälle von antisemitischer und sieben Vorfälle mit extrem rechter Propaganda. Dabei handelte es sich meist um Aufkleber mit israelbezogenen antisemitischen Slogans und im Fall der extrem rechten Propaganda meist um Aufkleber mit rassistischen Inhalten. Rund um den Leopoldplatz wurden uns 14 Vorfälle extrem rechter Propaganda gemeldet, am S-Bahnhof Wedding neun Vorfälle extrem rechter und 6 Vorfälle antisemitischer Propaganda. Bei der extrem rechten Propaganda in diesem Bereich handelte es sich meistens um Aufkleber einer fundamentalistisch-katholischen Organisation, der extrem rechten Identitären Bewegung oder der extrem rechten Jungen Alternative. Bei Angriffen gab es eine leichte Steigerung von fünf im Jahr 2023 auf acht. Die Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien stiegen auch leicht von 33 Vorfällen im Jahr 2023 auf 40 im Jahr 2024. Größere Veränderungen gab es bei den Veranstaltungen im Wedding. Waren es 2023 noch 27, von denen der Großteil NS-verharmlosende Kundgebung aus dem verschwörungsideologischen Milieu gewesen waren, so erfassten wir 2024 nur noch 10 Veranstaltungen in Wedding, die alle einen Bezug zum Nahost-Konflikt hatten. Diese fanden meist auf dem Leopoldplatz statt und waren durch israelbezogenen antisemitischen Parolen und Schilder geprägt.

16.12.2024 Bezirk: Mitte

Antisemitische Propaganda in Wedding

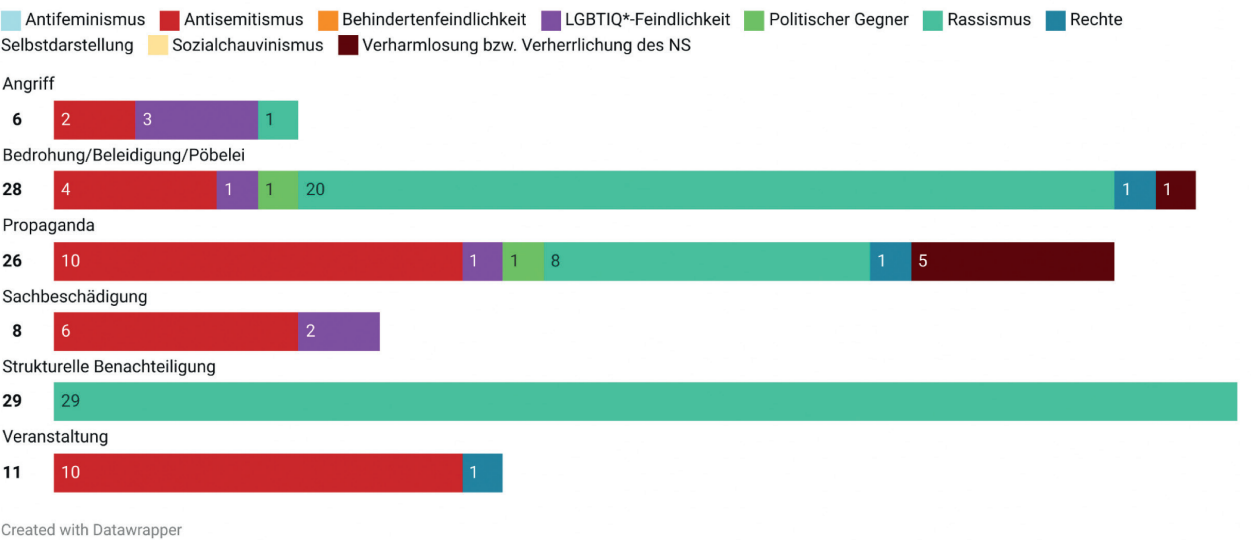
In der Brüsseler und Lütticher Straße wurden zwei Aufkleber entdeckt und entfernt, die sich gegen das Verbot der „Palästina Solidarität Duisburg“ wandten. Die Organisation war im Mai 2024 verboten worden, weil sie sich mit dem „ganzen Widerstand in Palästina“ unter ausdrücklichem Einschluss der antisemitischen Terrororganisation Hamas solidarisiert hatte. Außerdem wurden drei Aufkleber entfernt, die Israel insgesamt als Apartheidsstaat delegitimierten. Quelle: Bürger*innenmeldung

Ortsteil Tiergarten



Im Ortsteil Tiergarten erfassten wir mit 126 Vorfällen deutlich mehr als im Jahr 2023 mit 82. Die Anzahl der erfassten Angriffe sank von sieben im Jahr 2023 auf fünf im Jahr 2024. Bei den Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbele gab es einen leichten Anstieg auf 30 Vorfälle nach 25 im Jahr 2023. Die Verteilung der Motive unterschied sich dabei nicht. Viele Angriffe und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien ereigneten sich im südlichen Teil des Ortsteils, zwischen der Spree und der Kurfürstenstraße. Der Anstieg der Vorfälle im Ortsteil ist in erster Linie auf mehr Demonstrationen im Regierungsviertel und eine Verdoppelung der Propaganda zurückzuführen. Mit der Straße des 17.Juni, dem Kanzleramt und dem Reichstagsgebäude befinden sich Veranstaltungsorte in Tiergarten, an denen Demonstrationen mit zum Teil bundesweiter Bedeutung stattfinden. Auch der Potsdamer Platz ist ein beliebter Ort für Kundgebungen. Nachdem es 2023 fünf antisemitische Demonstrationen in Tiergarten gab, erfassten wir 2024 26 antisemitische Veranstaltungen. Davon waren 17 am Potsdamer Platz und sieben im Regierungsviertel. Bei der Propaganda gab es sowohl eine Zunahme von antisemitischer Propaganda als auch von Propaganda gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten. Bei der Propaganda gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten handelte es sich meist um gegen Antifaschist*innen gerichtete Aufkleber aus neonazistischen Online-Versandhandeln. Ab Juni 2024 wurden Aufkleber mit derartigen Motiven gehäuft in der Umgebung der Lützowstraße im Süden des Ortsteils gemeldet.

Ortsteil Moabit



Im Ortsteil Moabit registrierten wir mit 108 Vorfällen deutlich weniger als im Vorjahr, als noch 133 Vorfälle erfasst wurden. Der Rückgang ist in erster Linie auf weniger Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien und weniger strukturelle Benachteiligungen zurückzuführen. Der Rückgang bei den strukturellen Benachteiligungen ist auf weniger Meldungen aus dem Landesamt für Einwanderung zurückzuführen. Vor dort wurden uns 2023 besonders viele strukturelle Diskriminierungen gemeldet, bei denen Menschen, die aus der Ukraine geflohen waren, betroffen waren. Zwar wurden uns erneut viele Vorfälle aus dem Hauptbahnhof gemeldet, jedoch erfassten wir dort deutlich weniger Gewalt. Unter den 13 Vorfällen am Hauptbahnhof war kein Angriff und nur eine Bedrohung/Beleidigung/Pöbele. Bei den restlichen Vorfällen handelt es sich um Propaganda und mehrere Kundgebungen, meist mit Nahost-Bezug, bei denen israelbezogen antisemitische Parolen gerufen oder antisemitische Plakate gezeigt wurden.

Ortsteil Gesundbrunnen



Im Ortsteil Gesundbrunnen erfassten wir im Jahr **2024 78 Vorfälle**, nachdem wir im Jahr 2023 76 dokumentiert hatten. 2024 registrierten wir elf Angriffe in Gesundbrunnen, von denen vier rassistisch und jeweils drei antisemitisch bzw. LGBTIQ*-feindlich motiviert waren. Einer der vier rassistischen Angriffe endete für einen afrikanischen Familienvater tödlich. Er wurde in einem Streit um einen Parkplatz erstochen. Von den 19 Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien hatten 12 ein rassistisches Motiv. Am Bahnhof Gesundbrunnen wurden 2024 deutlich weniger Angriffe und Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien erfasst, nachdem der Bahnhof im Vorjahr einer der Schwerpunkte von Gewalt im ganzen Bezirk gewesen war. Dennoch ereigneten sich viele der Übergriffe im Ortsteil im ÖPNV. Während uns antisemitische Propaganda relativ gleichmäßig über den Ortsteil verteilt gemeldet wurde, konzentrierte sich die rassistische Propaganda um die Weddingstraße.

Ortsteil Hansaviertel

Im Hansaviertel registrierten wir 2024 sieben Vorfälle. Dabei handelte es sich um eine antimuslimisch-rassistische Beleidigung, zwei extrem rechte Aufkleber am S-Bahnhof Bellevue, eine extrem rechte Schmiererei und drei antisemitische Sachbeschädigungen. Bei Letzteren wurde das Mahnmal einer Synagogen-Gemeinde am Siegmundshof beschmiert, das "Fenster der Erinnerung" am U-Bahnhof Hansaplatz komplett zerstört und in der Bartningallee Stolpersteine beschmutzt.

Anti-Schwarzer Rassismus: Rassistische Pöbelelei in Moabit

27.05.2024 Bezirk: Mitte

Ein Mann schimpfte in einem Zug am Hauptbahnhof und sagte „wir leben doch nicht in Afrika“ und „das sind Zustände wie in Afrika“. Nachdem er darauf angesprochen wurde, dass diese Aussage rassistisch war, sagte er: „Ich wünsche Ihnen, dass ein Moslem sie vergewaltigt“.

Quelle: Meldeformular Berliner Register



Aufkleber eines extrem rechten Versandhandels

Ein Beispiel für die rechtspopulistische und extrem rechte Demagogie, in der schon lange und unabhängig von Einwanderung bestehende ungelöste soziale Probleme fälschlich auf Migration als dem wesentlichen Grund zurückgeführt werden, statt z. B. von Immobilienspekulation und fehlender wirksamer Regulierung des Wohnungsmarkts zu reden, obwohl es dafür effektive Instrumente und Maßnahmen gäbe.

II.IV Entwicklung der extremen Rechten im Bezirk Mitte

Graue Wölfe

Die wahrscheinlich größte extrem rechte Bewegung in Berlin und auch im Bezirk Mitte dürften die türkischen faschistischen "Idealistenvereine" sein, die sogenannten "Grauen Wölfe". In der Vergangenheit gingen von ihnen vor allem Bedrohungen von Kurd*innen, Armenier*innen und Linken türkischer Herkunft aus, die wir in den letzten Jahren auch zunehmend dokumentieren konnten. Aus diesem Umfeld erfassten wir 2024 in Mitte eine antikurdisch-rassistische Beleidigung und sechs Vorfälle, bei denen das Handzeichen der "Grauen Wölfe" der sogenannte Wolfsgruß gezeigt wurde. Die Wolfsgrüße wurden meist im Umfeld von Veranstaltungen der Fußball-EM gezeigt.

Der III. Weg

Die Neonazi-Kleinpartei "Der III. Weg" hielt 2024 nur eine Kundgebung im Bezirk Mitte ab. In einigen anderen Berliner Bezirken war sie wesentlich aktiver. Bei der Kundgebung wurden auch die Symbole verschiedener extrem rechter und neonazistischer Gruppen aus der Ukraine gezeigt. Die pro-ukrainische Haltung

des "III. Wegs" ist ein Alleinstellungsmerkmal bei extrem rechten Gruppen in Mitte. Im Januar nahmen Personen aus dem Umfeld der Kleinpartei an einer größeren Demonstration teil und bedrohten am Rande der Demonstration einen Journalisten. 2024 registrieren wir sechs Propagandavorfälle mit Bezug zum "III. Weg".

Die Heimat

Die neonazistische Partei "Die Heimat", ehemals NPD, hielt 2024 nur noch zwei Kleinstveranstaltungen in Mitte ab. Beide Aktionen dienten augenscheinlich vor allem dazu, Aufnahmen für Social-Media-Kanäle der Partei aufzunehmen. Es versammelten sich jeweils höchstens zehn Personen und die "Kundgebungen" endeten meist nach kurzer Zeit. Personen aus dem Umfeld der Jugendorganisation der Partei, den "Jungen Nationalisten", waren am Versuch beteiligt, den CSD zu stören. Wir erfassten 2024 nur noch zwei Propagandavorfälle mit Bezug zur Partei.



Die verschwörungsideologische Szene in Mitte

Die ab 2020 mit der Corona-Pandemie massiv angewachsene verschwörungsideologische Szene prägte über Jahre das Demonstrationsgeschehen im Bezirk. Es handelte sich um eine heterogene Mischszenen aus Anhänger*innen verschiedenster rechter oder nach rechts Anschluss fähiger Verschwörungsideologien, Impfgegner*innen, Esoteriker*innen, aber in Berlin von Anfang an auch an der Organisation ihrer Veranstaltungen aktiven Rechtspopulist*innen, Querfrontler*innen, Reichsbürger*innen und extremen Rechten, von denen viele früher schon bei der Organisation von damals noch vor allem rassistisch-einwanderungsfeindlichen Demonstrationen aktiv gewesen waren. Spätestens ab dem Frühjahr 2023 nahm die Mobilisierungsfähigkeit dieser Szene massiv ab. Diese Entwicklung setzte sich 2024 fort. Im Frühjahr 2024 konnten jedoch noch einmal mehrere hundert Menschen aus dieser Szene zu den sogenannten „Bauernprotesten“ mobilisiert werden. Zwischen März und November 2024 erfassten wir keine verschwörungsideologische Demonstration mit mehr als 100 Teilnehmenden. Einige verschwörungsideologische Gruppen, die 2023 noch mehrmals im Monat Veranstaltungen in Mitte durchgeführt hatten, stellten 2024 ihre Aktivitäten ein oder verlagerten ihren Schwerpunkt ins Umland Berlins.



© berlin-gegen-nazis

Reichsbürger*innen

Der Bezirk Mitte war auch im Jahr 2024 das Zentrum der Aktivitäten von Reichsbürger*innen in Berlin. Von den 57 in ganz Berlin erfassten Vorfällen mit einem Bezug zu Reichsbürger*innen waren nur drei nicht in Mitte. Der bereits 2023 beobachtete Rückgang von öffentlichen Aktivitäten dieser Klein- und Kleinstgruppen setzte sich fort: Im Jahr 2022 waren 145 Vorfälle mit Reichsbürger*innen in Mitte dokumentiert worden, 2023 noch 85, 2024 nur noch 54. Wie auch in den letzten Jahren konzentrierten sich die Aktivitäten dieser Szene auf den Pariser Platz und das Regierungsviertel zwischen Reichstagsgebäude und Kanzleramt. Am Alexanderplatz, wo in den letzten Jahren eine Reihe von Kundgebungen dieser Szene stattgefunden hatte, fand 2024 nur eine Demonstration statt, an der Reichsbürger*innen merklich beteiligt waren. Allerdings gab es 2024 eine Reihe von Reichsbürger*innenkundgebungen vor dem Humboldtforum.

Die seit Jahren an mehreren Samstagen im Monat stattfindende „Mahnwache“ vor der amerikanischen Botschaft am Pariser Platz wechselte dieses Jahr an einigen Samstagen auf den Platz vor dem Humboldtforum. Die „Mahnwache“ wurde von einer typischen reichsideologischen Gruppe organisiert. Das Hauptthema der „Mahnwache“ war die „Wiedererlangung der Souveränität“ und eine Rückkehr zur Verfassung des Kaiserreiches von 1871. Die „Mahnwachen“ waren durch die vielen Reichsfahnen meist schnell als reichsideologische Veranstaltungen zu erkennen. Während zu Hochzeiten etwa zehn Personen an der Mahnwache teilnahmen, konnten gegen Jahresende selten mehr als drei Personen mobilisiert werden. Etwa zeitgleich kam es zu Streitigkeiten innerhalb der Szene. 2024 wurden insgesamt 26 „Mahnwachen“ dieser Kleinstgruppe erfasst.

Im Regierungsviertel hielt die Gruppe „staatenlos.info“ 2024 zehn Kundgebungen mit durchschnittlich ca. 15 Teilnehmenden ab, was dem Aktivitätsniveau von 2023 entsprach. Die Kundgebungen dieser Gruppe um einen ehemaligen NPD-Kader waren auf den ersten Blick nicht zwangsläufig dem reichsideologischen Milieu zuzuordnen. Statt Reichsfahnen wurden die Fahnen der DDR, der Sowjetunion und Russlands gezeigt. Dennoch verbreitete auch „staatenlos.info“ Verschwörungsmymen über ein angebliches Weiterbestehen des Deutschen Reiches und forderte eine „Rückverlangung“ nationaler Souveränität. Gleichzeitig hatte die Gruppe einen Fokus auf „Entnazifizierung“ und verbreitete ein Narrativ, nachdem verschiedene gesellschaftliche Eliten „Nazis“ seien.

Eine Reihe von Demonstrationen zogen 2024 Reichsbürger*innen an, ohne dass Reichsbürger*innen aktiv an der Organisation beteiligt waren. Dies waren meist verschwörungsideologische Demonstrationen aus den Überresten der Pandemieleugner*innen- und Impfgegner*innenszene.



© Register-Berlin-Mitte, Aktivitäten von Reichsbürger*innen

II.V Zivilcourage

Bei einigen Angriffen, Bedrohungen und Beleidigungen war es ermutigend zu sehen, dass Passantinnen und Zeuginnen Zivilcourage zeigten und auf unterschiedliche Weise versuchten, gegen die Angreiferinnen und Pöblerinnen einzuschreiten. So ist der Tag der Zivilcourage von großer Bedeutung, um der Zivilgesellschaft Vereine vorzustellen, die aktiv und präventiv sich diesen Problemen stellen. Besonders im Bereich der Propaganda sind wir auf das Engagement unserer Melder*innen angewiesen. Diese Menschen dokumentieren und entfernen in ihrer Freizeit menschenfeindliche Propaganda – vor allem Sticker und Schmierereien – und leisten damit einen wertvollen Beitrag für das gesellschaftliche Klima in der Stadt.



Tag der Zivilcourage

Auch in diesem Jahr fand am 19.09. der Tag der Zivilcourage auf dem Leopoldplatz statt. Gemeinsam mit Vereinen, Initiativen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen informierten wir Passantinnen über die Bedeutung von Zivilcourage. An Infoständen stellten Organisationen ihre Arbeit vor, während ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm mit musikalischer Begleitung, inhaltlichen Beiträgen sowie Redebeiträgen von Landes- und Bundespolitikerinnen demokratischer Parteien die Besucherinnen zum Verweilen einlud.



Links: Mathias Schulz (SPD), Mitglied des Abgeordnetenhauses für Berlin-Mitte auf dem Tag der Zivilcourage





II.VI Auszüge vom Register-Berlin im Jahr 2024

Um gegen Ausgrenzung und Diskriminierung vorzugehen, muss man sie als Problem erkennen. Und man muss beschreiben wem sie passiert, wo sie stattfindet und wie sie funktioniert. Wir veröffentlichen die Vorfälle, die uns gemeldet werden.

www.berliner-register.de

Antiziganistische Pöbelei in der Regionalbahn in Mitte

14.06.2024 Bezirk: Mitte

In einem Zug der Regionalbahn randalierten in Mitte betrunkene Fußballfans und grölten Parolen mit dem Z-Wort.

Quelle: DOSTA

Transphober Angriff in Gesundbrunnen

27.09.2024 Bezirk: Mitte

Am Nachmittag wurde eine trans Frau in Gesundbrunnen angegriffen. Die 28-Jährige war gegen 15.00 Uhr in der Osloer Straße Ecke Schwedenstraße unterwegs, als ein ihr flüchtig bekannter Mann auf sie zukam, sie transphob beleidigte, ihr mit der flachen Hand in das Gesicht schlug und ihr die Perücke vom Kopf zog. Anschließend entfernte sich der Mann mit der Perücke vom Ort. Die Frau erlitt Verletzungen. Das LKA ermittelt.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1973 vom 28.09.2024, Queer.de vom 28.09.2024

Antisemitischer Angriff in Mitte

12.07.2024 Bezirk: Mitte

In der Torstraße griffen Teilnehmende eines pro-palästinensischen Autokorsos ein jüdisches Paar an. Die Männer drohten damit, die Frau zu vergewaltigen und spuckten sie an. Den Mann zogen sie an den Haaren zu Boden und schlugen ihn. Er erlitt eine Gehirnerschütterung.

Quelle: juedische-allgemeine.de vom 16.07.2024, Bild.de vom 16.07.2024

Rassistische Pöbelei in Gesundbrunnen

15.10.2024 Bezirk: Mitte

Im Rahmen der BSR-Kieztage wurden Bürger*innen in der Feldstraße in Gesundbrunnen über Veranstaltungen informiert und gefragt, was der Bezirk tun könne, um die Kieze sauberer zu halten. Ein älterer Mann antwortete auf die Frage mit: „Alle Ausländer raus“. Diese Aussage wiederholte er mehrfach und sagte, dass es dreckiger geworden sei, seitdem durch „den Bezirk“ immer mehr „Ausländer geholt werden“.

Quelle: Büro für Bürger*innenbeteiligung Mitte

NS-Verharmlosung: Hitlergruß und Angriff in Mitte

26.06.2024 Bezirk: Mitte

Ein Mann zeigte auf dem Pariser Platz den Hitlergruß und schmierte anschließend ein Hakenkreuz in ein Kondolenzbuch, das in einem nahegelegenen Ruheraum auslag. Einen Zeugen, der ihn auf sein Handeln ansprach, versuchte der Mann zu schlagen. Der Zeuge alarmierte eine Streife der Bundespolizei. Während er festgenommen wurde, schlug der Mann einen Polizisten.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1347 vom 27.06.2024

Antimuslimisch-rassistischer Angriff in Gesundbrunnen

0.09.2024 Bezirk: Mitte

Eine Frau, die auf der Brunnenstraße zum U-Bahnhof Voltastraße lief, wurde von einem Mann verfolgt. Dieser schubste sie, drohte ihr mit der Faust und beleidigte sie rassistisch. Die Frau trug ein Kopftuch.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1864 vom 11.09.2024

Anlaufstellen des Berliner Registers (Meldungen an das Register) und Beratungsstellen für Berlin-Mitte

Weitere Adressen
und Angebote auf der Webseite:
www.berliner-register.de

III.I Anlaufstellen des Berliner Registers im Bezirk Berlin-Mitte

Für Betroffene und Zeug_innen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gibt es verschiedene Beratungsangebote, die allesamt kostenlos sind. Das Spektrum reicht von Rechtsberatung, über Sozialberatung und Begleitservices bis hin zur psychotherapeutischen Betreuung bei traumatisierten Gewaltopfern.

Sie können sich immer gerne an die **Registerstelle Berlin-Mitte bei NARUD e.V.** wenden:
Tel.: (030) 40757551 und 0157/76318728 · Mail: register@narud.org · www.narud.org/register

Gesundbrunnen

**Büro für Bürger*innenbeteiligung
L.I.S.T. GmbH**
Gottschedstraße 33 · 13357 Berlin
Webseite: www.mittemachen-berlin.de
Telefon: +49 30 460605560
E-Mail: beteiligung-mitte@list-gmbh.de

**Café VIA
IN VIA Jugendmigrationsdienst**
Bellermannstraße 9 · 13357 Berlin
Webseite: www.invia-berlin.de
Telefon: +49 30 81864163
E-Mail: jmd@invia-berlin.de

**Demokratie in der Mitte - Vor-Ort-Büro
Fabrik Osloer Strasse e.V.**
Osloer Straße 12
13359 Berlin-Gesundbrunnen
Webseite: www.demokratie-in-der-mitte.de
Telefon: +49 30 49500526
E-Mail: info@demokratie-in-der-mitte.de

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Vor-Ort-Büro Humboldthain**
Putbusser Straße 27
13355 Berlin-Gesundbrunnen
Telefon: +49 30 50344148

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Vor-Ort-Büro Soldiner Kiez**
Koloniestraße 35a
13359 Berlin-Gesundbrunnen
Telefon: +49 30 48478064

Wendepunkt gGmbH
Gottschedstr. 4
13353 Berlin
Internet: team-wendepunkt.de
Telefon: +49 30 68323283
E-Mail: info@team-wendepunkt.de

Mitte

**Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung oder chronische Erkrankung
Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.**
Littenstraße 108 · 10179 Berlin-Mitte
Webseite: www.lv-selbsthilfe-berlin.de
Telefon: +49 30 27592527, +49 30 27875691
E-Mail: adb@lv-selbsthilfe-berlin.de

**Ban Ying e.V.
Koordinations- und Beratungsstelle
gegen Menschenhandel**
Anklamer Strasse 38
10115 Berlin-Mitte
Webseite: www.ban-ying.de
Telefon: +49 30 44063-73, +49 30 44063-74
E-Mail: beratung@ban-ying.de

**Referat für Antifaschismus
ReferentInnenRat (AStA) der Humboldt-Universität zu Berlin**
Website: <http://www.refrat.de/antifa>
E-Mail: antifa@refrat.hu-berlin.de

Moabit

**Integrationsbüro Mitte
Rathaus Tiergarten**
Mathilde-Jacob-Platz 1 · 10551 Berlin-Moabit
Webseite: www.berlin.de/ba-mitte
Telefon: +49 30 901833035
E-Mail: integrationsbuero@ba-mitte.berlin.de

**Jugendmigrationsdienst Mitte
Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands**
Sickingenstraße 20-28 · 10553 Berlin-Moabit
Telefon: +49 30 440329-63
E-Mail: jmd.mitte@cjd-berlin.de

Karame e.V.
Wilhelmshavener Straße 22 · 10551 Berlin
Telefon: +49 30 39035516
Webseite: www.karame.de

Korea Verband e.V.
Quitzwowstraße 103
10551 Berlin-Moabit
Webseite: www.koreaverband.de
Telefon: +49 30 39805984
E-Mail: mail@koreaverband.de

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Vor-Ort-Büro**
Beusselstraße 80 · 10553 Berlin-Moabit
Telefon: +49 30 34096426

Opferhilfe Berlin e.V.
Oldenburger Straße 38 · 10551 Berlin
Webseite: www.opferhilfe-berlin.de
Telefon: +49 30 3952867
E-Mail: info@opferhilfe-berlin.de

Transaidency e.V.
Turmstraße 70 · 10551 Berlin
Webseite: www.transaidency.org
Telefon: +49 30 99212536
E-Mail: kontakt@transaidency.org

Tiergarten

**GLADT e.V.
unabhängig, mehrsprachig, queer**
Lützowstr. 28 · 10785 Berlin
Webseite: www.gladt.de
E-Mail: info@gladt.de

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Vor-Ort-Büro**
Pohlstraße 6 · 10785 Berlin-Tiergarten
Telefon: +49 30 23003971

Wedding

Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin
Schererstraße 8 · 13347 Berlin-Wedding
Webseite: www.basta.blogspot.eu
E-Mail: bastaberlin@systemli.org

**Gangway e.V.
Team Wedding**
Buttmannstr. 15 · 13357 Berlin-Wedding
Telefon: +49 30 4626480

Kiezhaus Agnes Reinhold
Afrikanische Straße 74
13351 Berlin-Wedding
Webseite: www.kiezhaus.org
E-Mail: info@kiezhaus.org

Kulturen im Kiez e.V.
Utrechter Straße 36
13347 Berlin-Wedding
Webseite: www.kulturen-im-kiez.de
Telefon: +49 30 98327767
E-Mail: info@kulturen-im-kiez.de

Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Hochstädter Straße 16
13347 Berlin-Wedding
Webseite: www.bildungsmarkt.de
Telefon: +49 30 45020882
E-Mail: lotsen-hochstaedter@bildungsmarkt.de

**Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
Vor-Ort-Büro**
Hochstädter Straße 16
13347 Berlin-Wedding
Telefon: +49 30 60503098

**Zukunftshaus Wedding
Mobile Stadteilarbeit im Parkvierte**
Müllerstraße 56-58
13349 Berlin
Website: www.pgssoziales.de
Telefon: 030-45005 131
E-Mail: stadtteilzentrum@pgssoziales.de,
mobil@pgssoziales.de

III.II BERATUNGSSTELLEN

Opferhilfe Berlin e.V.

Tätigkeit: Beratung nach Gewalttaten, Zeug*innenbetreuung, Traumafachberatung, Fremdsprachige Beratung

Oldenburger Straße 38, 10551 Berlin
Tel.: (030) 395 28 67
www.opferhilfe-berlin.de

Gewaltschutzambulanz der Charité – Universitätsmedizin Berlin
Tätigkeit: rechtsmedizinische Begutachtung und Dokumentation von sichtbaren Verletzungen
Birkenstraße 62, Haus N, 10559 Berlin
Tel.: (030) 450 570 270
www.gewaltschutzambulanz.charite.de

HateAid gGmbH

Tätigkeit: Beratung und Unterstützung bei Gewalt im Internet

c/o Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel.: 0172 4636998
www.hateaid.org

ADAS – Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen von LIFE e.V.

Tätigkeit: Beratungsstelle für Menschen, die in Berliner Schulen Diskriminierung erleben

Rheinstraße 45/46, 12161 Berlin,
Aufgang C, 3. Etage
Tel.: 0800 724 50 67
www.adas-berlin.de

Antidiskriminierungsbeauftragte der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Tätigkeit: Beratung bei Diskriminierung in Schulen, Schulentwicklung
Bernhard-Weiß-Str. 6 · 10178 Berlin
Raum 3 C 40, Tel.: (030) 90227 -5817
www.berlin.de/sen/bjf/service/qualitaets-und-beschwerdemanagement/

Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung in Schule und Kita (BeNeDiSK)

Tätigkeit: Beratung bei Diskriminierung in Schule und Kita

c/o Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.
Oranienstraße 34, 10999 Berlin
Tel.: (030) 818 219 295
www.benedisk.de

Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt:

Fair mieten – Fair wohnen
Tätigkeit: Kostenlose und Mehrsprachige Beratung bei Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Oranienstraße 53, 10969 Berlin
Tel.: (030) 623 26 24
www.fairmieten-fairwohnen.de

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Tätigkeit: Beratung und juristische Erstberatung in allen Fällen von (vermuteter) Diskriminierung, besonders bei Vorkommnissen und Fragestellungen die - über den Einzelfall hinaus - auch bundesweit von Bedeutung sein können.

Glinkastraße 24, 10117 Berlin
Tel.: (030) 18 555-1855
www.antidiskriminierungsstelle.de

LADS Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Salzburgerstr. 21-25, 10825 Berlin
Tel.: (030) 9013 3460
www.berlin.de/sen/lads

III.III Rassismus, Flucht und Migration

ReachOut

Tätigkeit: Beratung für Opfer rechter, Orassistischer und antisemitischer Gewalt

Beusselstr. 35 · 10553 Berlin,
(Hinterhaus 4. Etage)
Tel.: (030) 69 56 83 39
www.reachoutberlin.de

OPRA – Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Beusselstrasse 35 · 10553 Berlin,
Hinterhaus
Tel.: (030) 92 21 82 41
www.opra-gewalt.de

ADNB des Türkischer Bund Berlin Brandenburg (TBB) - Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin

Tätigkeit: Beratungsstelle primär für in Berlin lebende Menschen, die rassistische und damit zusammenhängende Diskriminierungserfahrungen machen
Oranienstraße 53, 10969 Berlin
www.adnb.de

Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit e.V. (BDB e.V.)

Tätigkeit: Beratung und Begleitung für Menschen, die von Diskriminierung und Rassismus betroffen sind

SprengelHaus

Sprengelstr. 15, 13353 Berlin
Tel.: (030) 216 88 84
www.bdb-germany.de

KuB Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.

Tätigkeit: Beratung von Geflüchteten und Migrant*innen (insb. geflüchtete Frauen) zu Asyl und Aufenthalt, mehrsprachig, Dolmetschen in Gebärdensprache
Oranienstr. 159 , 10969 Berlin-Kreuzberg
Tel.: (030) 614 94 00
www.kub-berlin.org

Beratungsstelle für Migrant/innen von Arbeit und Leben Berlin (DGB/VHS)

Tätigkeit: mehrsprachige Beratung in arbeits-, sozial- und ausländerrechtlichen Fragen und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
Kapweg 4, 13405 Berlin
Tel.: (030) 5130 192 80
www.berlin.arbeitundleben.de

Wedding.hilft

Tätigkeit: Unterstützung für Geflüchtete (z.B. bei der Wohnungssuche, Dolmetschen v.a. arabisch, serbokroatisch, kurdisch)
c/o Soziales Zentrum
Wollankstr. 58-60, 13359 Berlin
www.wedding-hilft.de

Moabit hilft e.V.

Tätigkeit: allgemeine Beratung von Geflüchteten, Begleitsdienste
Turmstr. 21 · 10559 Berlin
Haus R
Tel.: (030) 35057538
www.moabit-hilft.com

III.IV Antiziganismus

Amaro Foro

Tätigkeit: Erstberatung Antiziganismus, Beratungsstelle für rumänische und bulgarische Roma mit Sprachmittlung, aufsuchender Arbeit und Sozialberatung, auf Bulgarisch, Romanes und Rumänisch
Kaiser-Friedrich-Straße 19, 10585 Berlin
Tel.: (030) 610811020
www.amaroforo.de

Kulturen im Kiez e.V.

Tätigkeit: Beratung für Zuwandererfamilien aus Süd-Ost-Europa, Mädchenarbeit mit Romnija
Utrechter Straße 36, 13347 Berlin
Tel.: (030) 983 277 67
www.kulturen-im-kiez.de

III.V Antisemitismus

OFEK Beratungs- und Interventionsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung der ZWST (Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.)

Tätigkeit: Beratungs- und Interventionsstelle, kostenfreie Einzelfallberatung für Antisemitismuserfahrene und Betroffene antisemitischer Gewalt
Schönhauser Allee 12, 10119 Berlin
Tel.: (030) 610 80 458
www.zwst-kompetenzzentrum.de

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

Tätigkeit: Beratung bei antisemitischen Vorfällen
Postfach 12 05 30, 10595 Berlin
Tel.: (030) 914 811 69
www.jfda.de

III.VI LGBTIQ*-Feindlichkeit

GLADT e. V.

Tätigkeit: Psychosoziale Beratung von und für Schwarze und of Color LSBTIQ* zu Antidiskriminierung, Antigewalt, Asyl und Migration, Trans* und Inter*, Gesundheit u.v.m.
Lützowstraße 28, 10785 Berlin
Tel.: (030) 26556633
www.gladt.de

LesMigraS

Tätigkeit: Antigewalt- und Antidiskriminierungs-Bereich der Lesbenberatung Berlin e.V.
Kulmer Str. 20a, 10783 Berlin
Tel.: (030) 21 91 50 90
www.lesmigras.de

StandUp Antidiskriminierungsprojekt der Schwulenberatung Berlin

Tätigkeit: Mehrsprachiges Beratungsangebot für Schwule und bisexuelle Männer, Menschen mit HIV und Aids, transgeschlechtliche Menschen.
Niebuhrstr. 59/60 · 10629 Berlin
(Rollstuhlgerichte Räume und Fahrstuhl vorhanden)
Tel.: (030) 23 36 90 -80
www.schwulenberatungberlin.de

MANEO - das schwule Anti-Gewalt-Projekt und Überfalltelefon in Berlin

Tätigkeit: Beratung für schwule und bisexuelle Männern, die von schwulenfeindlicher Gewalt und Diskriminierung betroffen sind – egal ob als Opfer, Tatzeugen oder Lebenspartner der Betroffenen.
Bülowsstraße 106, 10783 Berlin
Tel.: (030) 216 33 36
www.maneo.de

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) –

Tätigkeit: LSVD Berlin Beratung für Regenbogenfamilien, Lesben, Schwule, Bisexuelle, transgeschlechtlich definierte Menschen, Kostenlose Rechtsberatung.
Kleiststraße 35, 10787 Berlin
Tel.: (030) 22 50 22 15
www.berlin.lsvd.de/beratung

L-Support

Tätigkeit: Antigewaltprojekt für lesbische, bisexuelle und queere Frauen
Potsdamer Str. 139 · 10783 Berlin
Tel.: (030) 459 618 65
www.l-support.net/l-support

Sonntags-Club

Tätigkeit: Beratung für Transidente Menschen, Transgender, Menschen mit einer Trans*thematik, Lesben, Schwule, bisexuelle Menschen, auch auf Englisch
Greifenhagener Str. 28, 10437 Berlin
Tel.: (030) 449 75 90
www.sonntags-club.de/beratung.html

Berliner Staatsanwaltschaft

Ansprechpartner_in für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Berliner Staatsanwaltschaft
Tätigkeit: Schwule, lesbische, bisexuelle, transsexuelle und intersexuelle Opfer homophober Hasskriminalität können sich direkt an die Staatsanwaltschaft wenden. Sie nimmt Anliegen, Beschwerden, gegebenenfalls auch Strafanzeigen auf und stellt den Kontakt zu den zuständigen Staatsanwälten, der Polizei und den privaten Hilfsorganisationen her.

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Ansprechpartnerin:
Oberstaatsanwältin Ines Karl
Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin
Tel.: (030) 9014-2697

III.VII Behinderung und (chronische) Krankheit

Antidiskriminierungsberatung Alter, Behinderung oder chronische Krankheit

Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.
Littenstraße 108, 10179 Berlin
Tel.: (030) 27 59 25 27 und (030) 27 87 56 91
www.lv-selbsthilfe-berlin.de/antidiskriminierungsberatung

Netzwerk behinderter Frauen Berlin e.V.

Tätigkeit: Psychosoziale Beratung telefonisch, persönlich und per E-Mail, Peer-Beratung (behinderte Frauen beraten behinderte Frauen).
Leinestr. 51 · 12049 Berlin
(rollstuhlgerichte Räume)
Tel.: (030) 617 091 -68 / -69
www.netzwerk-behinderter-frauen-berlin.de

AIDS-Hilfe e.V.

Kontaktstelle zu HIV-bedingter Diskriminierung der Deutschen AIDS-Hilfe e.V.
Tätigkeit: Erstberatung zu HIV-bedingter Diskriminierung
Wilhelmstr. 138, 10963 Berlin
Tel.: (030) 690 087-67
www.aidsilfe.de/de/aktuelles/meldungen/neue-kontaktstelle-zu-hiv-bedingterdiskriminierung

3.9 Sozialer Status

Basta! Erwerbsloseninitiative Berlin

Tätigkeit: Beratung und Begleitung zum Jobcenter
Schererstraße 8, 13347 Berlin
www.basta.blogsport.eu

Zentrale Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot

Tätigkeit: niedrigschwellige Anlaufstelle für Menschen, die keine Wohnung haben, vom Verlust der Wohnung bedroht sind oder sich in einer vergleichbaren Notlage befinden
Levetzowstraße 12a, 10555 Berlin-Tiergarten
Tel.: (030) 3904740
www.wohnungslos-berlin.de

III.VIII Frauen und Mädchen

BIG e.V. - Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen

Tätigkeit: Hilfe bei häuslicher Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder, mehrsprachige Beratung am Telefon, per Mail oder persönlich, Begleitung ins Frauenhaus, ins Krankenhaus und vor Gericht

Durlacher Str. 11 a , 10715 Berlin
Hotline: Tel.: (030) 611 03 00
www.big-hotline.de

Ban Ying e.V. Koordinations- und Beratungsstelle gegen Menschenhandel

Tätigkeit: Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel, Einwanderinnen aus Südostasien

Anklamer Strasse 38, 10115 Berlin
Tel.: (030) 44 06 -373 und -374
www.ban-ying.de

TERRE DES FEMMES - Menschenrechte für die Frau e. V.

Tätigkeit: Beratung zu Gewalt gegen Mädchen und Frauen, Zwangsheirat, weiblicher Genitalverstümmelung, häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt

Brunnenstr. 128, 13355 Berlin
Tel.: (030) 40 50 46 99 0
www.frauenrechte.de

Wildwasser Arbeitsgemeinschaft gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e.V.

Tätigkeit: Beratung für Mädchen nach sexuellem Missbrauch

Wriezener Straße 10-11, 13359 Berlin
Tel.: (030) 48 62 82 30
www.wildwasser-berlin.de

LARA Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen*

Tätigkeit: unbürokratische Hilfen für Frauen nach sexualisierter Gewalt (ab 14. Lebensjahr)*

Fuggerstraße 19, 10777 Berlin
Tel.: (030) 216 88 88
www.lara-berlin.de

III.IX Kinderschutz

KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen!
Tätigkeit: Beratung und Begleitung in Diskriminierungsfällen an, die junge Kinder im Alter von 0 bis 8 Jahren betreffen. Eine mehrsprachige Beratung ist möglich.

Naunynstraße 64, 10997 Berlin
Tel.: (030) - 80206323
www.kids.kinderwelten.net/de

III.X Rechts- extremismus

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Tätigkeit: Beratung bei konkreten rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Herausforderungen in ihren verschiedensten Erscheinungsformen für Einzelpersonen und Organisationen

Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Tel.: (030) 817 985 810
www.mbr-berlin.de

Violence Prevention Network e. V.

Tätigkeit: Beratung für Menschen, die sich von extremistischen Ideologien und Gruppen lösen möchten sowie deren Angehörige und Umfeld

Alt-Moabit 73, 10555 Berlin
Tel.: (030) 917 05 464

III.XI Verschwörungs- ideologien

entschwört.

Ein Projekt von pad
präventive, altersübergreifende Dienste im sozialen. Bereich gGmbH

Tätigkeit: Beratung im Umgang mit Verschwörungsmythen im persönlichen Umfeld
Telefonisch: 0178 572 81 03

E-Mail: beratung@entschoert.de
www.entschoert.de



Gefördert durch

im Rahmen von

| | |
|---|---|
| BERLIN | |
| Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung | <div data-bbox="454 1771 518 1848"> </div> <div data-bbox="528 1771 668 1848"> DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT. </div> <div data-bbox="454 1854 639 1910"> Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus </div> |



LANDESSTELLE
FÜR GLEICHBEHANDLUNG -
GEGEN DISKRIMINIERUNG



BEZIRKSAMT
MITTE
VON BERLIN

www.berliner-register.de/mitte